Nr. 2 – Mai 2009 | 2 Euro

ZivilCourage
Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Der Zweck heiligt die Mittel NICHT

Fragen und Perspektiven nach den Anti-Nato-Protesten

INHALT

TITEL

Der Zweck heiliget die Mittel NICHT

4 Stefan Philipp beschäftigt sich mit Fragen und Perspektiven nach den Anti-Nato-Protesten

Augenzeugenberichte aus Kehl und Straßburg von Wolfgang Strasser (8), Jürgen Grässlin (9), Michael Schmid (10), Klaus Pfisterer (10), Gottfried Müller (10), Frank Brendle (11), Kai-Uwe Dosch (11), Axel Georges (11), Stephan Brües (12), Sonnhild und Ulli Thiel (12)

12 Monty Schädel: Was sind unsere Grundrechte (noch) wert? Nichts, wenn wir sie nicht offensiv verteidigen

14 Andreas Speck: Gewaltfreiheit ist möglich. Aktionen zivilen Ungehorsams in Straßburg

15 „Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken". Interview mit Tomas Magnusson und Colin Archer vom International Peace Bureau

16 Kai-Uwe Dosch: Überschattet von der Gewalt bei der Demo. Internationale Konferenz „Nein zur Nato" in Straßburg

17 Tommy Rödl: Eine Welt ohne Nato ... wäre auch nicht besser

INTERVIEW

4 „Das größte Kriegsverbrechen unserer Zeit". Interview mit dem Filmemacher Frieder Wagner über Uran-Waffen

FRIEDENSPÄDAGOGIK

20 Tina Kemler und Harald Gewehr: „Killerspiele" verbieten? Eine differenzierte Betrachtung

FRIEDENSPOLITIK

22 Gerd Greune: Ein sechzigjähriger Krieg. Friedenspolitische Anmerkungen zur Situation im Nahen Osten nach dem Amtsantritt der neuen israelischen Regierung

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

24 Frank Brendle: Desertieren, verweigern, Öffentlichkeit schaffen. Erstes europäisches Hearing US-amerikanischer und britischer Irak-Veteranen

ABRÜSTUNG

25 Marion Küpker: Wunsch und Wirklichkeit. Barack Obamas Forderung nach weltweiter Abschaffung von Atomwaffen

DFG-VK-INTERN

26 Monty Schädel: DFG-VK-Bundeskongress, Auslandseinsätze, Atomwaffen, Sommeraktionen... – Es gibt noch viel zu tun!

Die Mitliederversammlung des DFG-VK-Landesverbands Rheinland-Pfalz findet am Samstag, 20. Juni, um 11 Uhr in Mainz in der Rochusstraße 10 in Mainz statt. Kontakt und weitere Informationen: DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, dfgvkhesssen@t-online.de

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-59649 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345, Telefax 0711-640 3394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

ISSN
1614-1954

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058285, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
Flyer zu Sommer-Aktionen gegen Atomwaffen (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte" des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 29. April. Die nächste Ausgabe erscheint im Juli, Redaktionsschluss ist der 31. Mai.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil" heraus.

Die ZivilCourage wird auf 100 %-Altpapier gedruckt.

RÜSTUNGSEXPORTE

Erfolgreiche Unterschriftenaktion

Ende März wurden in Freiburg 14.510 Unterschriften unter die „Waldkircher Erklärung“ an den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, übergeben. Die Erklärung bezeichnet die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung als „Skandal ohne Grenzen“ und fordert: „Den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!“ Initiiert worden war die Erklärung im Sommer 2007 vom SPD-Ortsverein Waldkirch und wurde in der Folge von mehreren Friedensorganisationen, darunter der DFG-VK, unterstützt. Prof. Wolfram Wette, Mitglied des SPD-Ortsvereins Waldkirch sowie der DFG-VK, betonte, dass Deutschland „seit dem Jahre 2006 auf den unrühmlichen Platz 3 in der Weltrangliste der Länder mit dem höchsten Volumen an Rüstungsexporten aufgerückt“ sei. DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin kritisierte den „Waffentransfer an verfeindete Staaten wie Indien und Pakistan sowie die Verdoppelung der Kleinwaffenexporte in die besonders bedenklichen Drittländer“. Erler, Freiburger SPD-Abgeordneter, versprach seitens des Außenministeriums „eine Antwort, die nicht abwimmelt, sondern Substanz hat.“

Foto: DFG-VK-Gruppe Freiburg

MILITÄR-PROPAGANDA

Liste auf Abgeordneten-Homepage

Die LINKE-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke veröffentlicht alljährlich eine Liste der Bundeswehr-Werbe- und Show-Veranstaltungen wie öffentliche Gelöbnisse und Auftritte der „Karriere-Trucks“, die sie zuvor im Ministerium erfragt ñ für Friedensgruppen eine wertvolle Informationsquelle, um der Militärpropaganda etwas entgegensetzen zu können. Das Magazin „Focus“ berichtete im April unter der Überschrift „Offene Missachtung“ über das Engagement Jelpkes. Danach hätte bereits im Juli 2007 Kriegsminister Jung gegenüber seinem Parteifreund und Parlamentspräsidenten Lammert auf den vermeintlichen „Missbrauch“ seiner Auskünfte an die Parlamentarierin hingewiesen. Das Ministerium bedauert laut „Focus“, „es könne die Terminlisten nicht als Verschlusssache einstufen, das sei bei öffentlichen Anlässen widersinnig.“ Zu finden ist die Liste auf der Internet-Homepage Jelpkes *www.ulla-jelpke.de*

PROTESTKAMPAGNE

Rüstung kein Grund zum Feiern

Mit einer „Maskerade des Todes“ protestierten Anfang März ca. 250 Menschen im Schwarzwaldstädtchen Oberndorf gegen die Waffenproduktion von Heckler & Koch – Auftakt einer ganzjährigen Kampagne aus Anlass des 60. Jubiläums des Rüstungsschmiede am Neckar. Gruppen der Friedensbewegung wie die DFG-VK, ORL oder Pax Christi meinen, dass 60 Jahre Heckler und Koch „kein Grund zum Feiern“ sind, im Gegenteil: Kleinwaffen, und darunter vor allem die Oberndorfer Gewehre wie z.B. das G3, sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen unserer Zeit und finden in allen (Bürger-)Kriegsgebieten weltweit ihre tödliche Verwendung. Besonders erfreulich aus Sicht der Organisatoren war die Tatsache, dass unter den Demonstranten auch viele junge Menschen Anfang 20 waren.

Foto: Stefan Philipp

„Erfahrungen als Außenseiter und Querdenker“

... unter diesem Thema stand eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon, die vor kurzem in der Reihe „Zeitzeugen der Friedensbewegung im Gespräch“ stattfand. In diesem hochinteressanten Dialog, den Stefan Philipp (Chefredakteur der DFG-VK-Zeitschrift „ZivilCourage“) mit dem 86-jährigen Simon führte, ging es in erster Linie um dessen außerberufliches Engagement in Sachen Frieden, Abrüstung und Kriegsdienstverweigerung, z.B. als Präsident der KDV-Zentralstelle und des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Von diesem 9. Karlsruher Zeitzeugengespräch wurde eine DVD erstellt, die für 10 Euro bestellt werden kann bei der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, Tel. 07221-552270, eMail: suthiel@t-online.de

EDITORIAL

Foto: Regine Leibann

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese **ZivilCourage** befasst sich in ihrer Titelgeschichte ausführlich mit den Anti-Nato-Protesten Anfang April in Straßburg und Kehl. Aus gutem Grund: Die massive Gewalt, die viele von uns dabei erleben mussten von der Polizei und aus den Demos heraus, macht das intensive Nachdenken darüber notwendig, wie wir als Friedensbewegung in Übereinstimmung mit unseren Zielen protestieren und agieren wollen. Eine Schwierigkeit in der Nachbetrachtung der Ereignisse liegt darin, dass jede/r ihr/sein eigenes Erleben hatte und nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtgeschehens unmittelbar mitbekam. Wer selbst nicht in Straßburg oder Kehl war, formt sich ihr/sein Bild durch die Berichte in der Presse und im Fernsehen. Wir haben deshalb versucht, Augenzeugenberichte von DFG-VK-Mitgliedern zusammenzutragen, und diese ergänzt um Berichte von der Konferenz, den Aktionen zivilen Ungehorsams, einer Einschätzung von Monty Schädel, der als einer der Hauptorganisatoren den wohl besten Überblick hat. Wie ein Mosaik setzt sich daraus ein Gesamtbild zusammen, das zwar die Wirklichkeit nicht 1:1 abbilden kann, aber facettenreicher ist als die Einschätzung und das Urteil eines/r Einzelnen. Das so begonnene Nachdenken über Aktionsformen und Bündnispolitik wird sich bei der Sitzung des DFG-VK-Bundesausschusses am 4. Juni in Frankfurt am Main fortsetzen und sicher auch beim Bundeskongress, der am 3./4. Oktober in Hannover stattfinden wird. Zu beiden Veranstaltungen sind nicht nur die Delegierten herzlich eingeladen, sondern jedes DFG-VK-Mitglied. Die gerade jetzt wichtigen Diskussionen werden vielleicht lebendiger und fruchtbarer, wenn nicht nur „die Funktionäre“ zusammensitzen?!

Stefan Philipp

„Das größte Kriegsverbrechen unserer Zeit“

Interview mit dem Filmemecher Frieder Wagner über Uran-Waffen

Uran-Waffen sind keine Atom-Waffen im herkömmlichen Sinne. Was kannst du zu deren Eigenschaften und Wirkungsweise sagen?

Uran-Munition und -bomben sind die wohl furchtbarsten Waffen, die heutzutage in Kriegen eingesetzt werden, weil sie die Menschheit unweigerlich in den Abgrund führen. Denn eine der Folgen der Anwendung von Uran-Waffen ist, dass es bei Mensch und Tier zu Chromosomenbrüchen kommt und so der genetische Code verändert wird.

Der Filmemacher Frieder Wagner, Jahrgang 1942, wurde mehrfach mit dem renommierten Grimme-Preis ausgezeichnet und ist Träger des Europäischen Fernsehpreises. In seinem Film „Todesstaub“ *(Deadly Dust)* hat er die tödlichen Folgen der Uran-Munition für Umwelt und Bevölkerung festgehalten. Der Film wurde auf der Berlinale 2007 als bester Dokumentarfilm für „Cinema for Peace“ nominiert. Anlässlich der Filmaufführungen von „Deadly dust“ am 4. März in Vaihingen/Enz und am 5. März in Baden-Baden sprach Roland Blach, Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg für die ***ZivilCourage*** mit Frieder Wagner.

Das ist seit Jahrzehnten eine wissenschaftliche Tatsache und der amerikanische Arzt Dr. Herman Joseph Muller hat dafür schon 1946 den Nobelpreis bekommen.

Trotzdem haben die alliierten Streitkräfte in den vergangenen fünf Kriegen so getan, als würde es diese Tatsachen nicht geben. 1991, im ersten Irak-Krieg haben die alliierten Streitkräfte mindestens 320 Tonnen dieser Uran-Munition eingesetzt. Aus einer vertraulichen Mitteilung des britischen Verteidigungsministeriums wissen wir inzwischen, dass schon die Anwendung von 40 Tonnen dieser Munition zu 500.000 Folgetoten führt und zwar durch hoch aggressive Krebstumore und Leukämie.

Diese Waffen sind ein vergleichsweise tabuisiertes Thema. In der Öffentlichkeit taucht es am ehesten im Zusammenhang mit dem Irak-Kriegs- oder Balkan-Kriegs-Syndrom auf. Gibt es Beispiele für eindeutige Folgewirkungen von Uran-Munition?

1995 im Bosnienkrieg wurde die kleine serbische Stadt Hadzici, 15 Kilometer entfernt von Sarajewo, mit Uranbomben vom Typ GBU 28 bombardiert. Der Grund: Die Serben hatten dort ein Panzerreparaturwerk. Damals ahnten die Serben, dass die Auswirkungen der eingesetzten Bomben auch nach ihrer Anwendung noch lebensgefährlich für die Bewohner sein könnten und siedelten 3.500 Bürger von Hadzici in das Gebirgsstädtchen Bratunac um. Aber es war zu spät, denn viele dieser Menschen hatten sich schon kontaminiert. In den folgenden fünf Jahren starben von den Umgesiedelten 1.112 an aggressiven Krebserkrankungen. Der britische Journalist Robert Fisk schrieb darum zu Recht im „Independent“, man hätte auf die Grabsteine dieser Menschen schreiben können: „Gestorben an den Folgen von Uran-Munition.“

Was macht diese Munition so gefährlich?

Uranwaffen werden aus abgereichertem Uran hergestellt. Es ist ein Abfallprodukt der Atomindustrie. Wenn man aus Natur-Uran Brennstäbe herstellt, fallen viele Tonnen abgereichertes Uran an. Diese sind zwar, als Alphastrahler nur schwach radioaktiv, müssen aber entsprechend entsorgt und bewacht werden, und das kostet Geld, viel Geld. Das abgereicherte Uran, auf Englisch als Depleted Uranium bezeichnet, das als Schwermetall wie Blei auch noch hoch giftig ist, hat eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren, das heißt, dieses Zeug haben wir ewig, und inzwischen gibt es weltweit davon etwa 1,2 Millionen Tonnen und es werden täglich mehr. So stellte sich alsbald die Frage: Wie kriegt man dieses radioaktive und hoch giftige Zeug wieder los?

Da entdeckten die Waffenentwickler der Militärs, dass dieses Metall, das als Abfallprodukt sehr billig zu haben ist, für militärische Zwecke zwei ausgezeichnete Eigenschaften besitzt: Formt man es zu einem spitzen Stab und beschleunigt diesen entsprechend, dann durchdringt er aufgrund seines enormen Gewichtes Stahl und Stahlbeton wie heißes Eisen ein Stück Butter. Dabei entsteht an diesem abgereichertem Uran-Metallstab ein Abrieb, der sich bei der enormen Reibungshitze von Temperaturen zwischen 3.000 bis 5.000 Grad Celsius selbst entzündet.

Also: Wenn sich ein solches Geschoss in Sekundenbruchteilen durch einen Panzer schweißt, entzündet sich das abgereicherte Uran. und die Soldaten in dem Panzer verglühen. 2 bis 3 Sekunden später explodiert dann die im Panzer befindliche Munition, und das Fahrzeug wird so völlig zerstört. Wegen dieser beiden Eigenschaften – Stahl wie Butter zu durchdringen und die Fähigkeit, sich selbst zu entzünden und so wie ein Sprengstoff zu wirken – ist das Abfallprodukt „abgereichertes Uran“ heute bei den Militärs so beliebt.

Das ist aber noch nicht alles: Bei den hohen Temperaturen von bis zu 5.000 Grad Celsius verbrennt das Urangeschoss zu keramisierten Nanopartikelchen von einer Größe, die 100 Mal kleiner ist als ein rotes Blutkörperchen. Es entsteht ein Metallgas, und dieses ist weiterhin radioaktiv und hoch giftig.

Uran-Munition wurde in fünf Kriegen, u.a. auch im Kosovo und in Afghanistan eingesetzt. Was haben die dort eingesetzten Soldaten zu befürchten?

Ich prognostiziere, und bin darin einig mit vielen unabhängigen Wissenschaftlern weltweit, dass von unseren Tausenden eingesetzten deutschen Soldaten im Kosovo und in Afghanistan – und das gilt natürlich für alle anderen Soldaten auch – etwa 30 Prozent durch Uran-Munition kontaminiert nach Hause zurückkommen werden.

Diese jungen Soldaten werden mit ihren Ehefrauen Kinder zeugen und, ohne es zu wissen, ihre Kontamination an ihre Kinder und Kindeskinder weitergeben mit allen furchtbaren Folgen von Missbildungen, Immunschwäche, Leukämie und Krebstumoren.

Und wir dürfen nicht glauben, dass das Problem gelöst wäre, wenn all diese kontaminierten Soldaten tot sein werden – nein, ihre Kinder und Kindeskinder werden den deformierten genetischen Code weitergeben an ihre Kinder und Kindeskinder wie bei einer Epidemie, und wir werden nichts dagegen tun können.

Was sagt eigentlich die Nato zu den Gefahren der Uranmunition?

Während die Gewerkschaft der Nato-Soldaten, die Euromil, eine sofortige Ächtung dieser Waffe aus den bekannten Gründen fordert, sagte der beigeordnete Generalsekretär für politische Fragen in der Nato, Martin Erdmann, dazu, dass er eine solche Ächtung „nicht einmal am fernen Horizont“ sieht – eine Tragödie, die wir noch bereuen und teuer bezahlen werden.

Hat sich der Bundestag bereits mit dem Thema befasst?

Die Bundestagsfraktion Die Linke hat im vergangenen Jahr eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu den Folgen des Einsatzes der Uran-Munition gestellt. Diese Fragen hat der Staatsminister Gernot Erler von der SPD im Namen der Bundesregierung beantwortet. Eine der Fragen lautete, ob der Bundesregierung Erkenntnisse über den Einsatz von Uran-Munition in Afghanistan seit 2001 vorliegen und ob man entsprechend die Soldaten informiert hat?

Der Staatsminister Gernot Erler antwortete darauf wörtlich: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu möglichen Einsatzorten bzw. -zeiten von Munition mit abgereichertem Uran in Afghanistan seit 2001 vor“, und fährt dann fort: „Der Bundesregierung wird ein Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran nicht angezeigt. Eine Informationspflicht hierzu besteht nicht.“

Hast du Erkenntnisse, wie die Bundeswehr selbst mit dieser Situation umgeht?

Mir wurden in Kopie zwei Seiten einer Broschüre zugespielt, die als „VS – Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ deklariert ist und aus dem Verteidigungsministerium aus dem Jahr 2003 stammt. Sie trägt den Titel „Leitfaden für Bundeswehrkontingente in Afghanistan“.

Dort heißt ein eigener Unterabschnitt „Gefährdung durch DU-Munition“, der unter anderem besagt, dass von den US-Truppen in Afghanistan auch panzerbrechende Brandmunition mit DU-Kern eingesetzt worden ist. Explizit heißt es dann: „Beim Einsatz dieser Munition gegen Hartziele (z.B. Pz, Kfz) entzündet sich das Uran auf Grund seiner pyrophoren Wirkung. Bei der Verbrennung entstehen besonders an und in den Zielen sesshafte toxische Stäube, die jederzeit aufgewirbelt werden können. DU-Munition kann deshalb bei ungeschütztem Personal toxische und radiologische Schädigungen hervorrufen“ usw.

Dieses Papier beweist, dass unser Staatsminister Gernot Erler das Parlament, den Parlamentspräsidenten und uns, das Volk, belogen hat, wenn er sagt, „der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu möglichen Einsatzorten von Uran-Munition in Afghanistan seit 2001 vor“.

Die Öffentlichkeit wird also wie so oft entweder aus strategischen Gründen oder aus Unwissenheit heraus für dumm verkauft. Welche Konsequenzen sollten wir als BürgerInnen und FriedenaktivistInnen daraus ziehen?

In Sachen Uranmunition jedenfalls folgende: Die Gefahren der Uran-Munition sind der Bundesregierung seit dem Golf-Krieg von 1991 und dem Kosovo-Krieg 1999 öffentlich zugänglich und bekannt, auch unseren damaligen und heutigen Politikern. Wer darum 2003 für den Golfkrieg gestimmt hat, stimmte nicht nur für einen völkerrechtswidrigen Krieg, er war damit auch wissentlich und willentlich für das Kriegsverbrechen der Uranmunition.

Hochrangige Persönlichkeiten und Politiker, die heute in der Regierungsverantwortung stehen, haben sich in Deutschland 2003 für diesen Golfkrieg ausgesprochen. Sie können sich nun nicht darauf zurückziehen, von der zwangsläufigen Verwendung von Uran-Munition und den Folgen in einer heutigen kriegerischen Auseinandersetzung nichts gewusst zu haben. Und sie werden sich für die Folgen eines Tages verantworten müssen.

Von den Regierungen der Welt, also in den Vereinten Nationen und im Uno-Sicherheitsrat, aber natürlich auch in unserem Parlament ist ein Verbot des Einsatzes von Uranwaffen zu fordern. Denn keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbst gewählten Kriegsschauplätzen ganze Regionen unbewohnbar zu machen und die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten, denn das ist ein Kriegsverbrechen.

Das Thema Uran-Munition ist leider immer noch ein Tabuthema. Mit deinen Aussagen wirst du dir nicht nur Freunde machen? Hat das Auswirkungen auf deine journalistische Arbeit?

Für meine fernsehjournalistischen Arbeiten habe ich verschiedene, auch internationale Auszeichnungen bekommen. Seit der WDR 2004 einen Film von mir zu dieser Thematik gesendet hat, der danach im Archiv „verschwunden“ ist, habe ich nie mehr einen Auftrag von einem öffentlich-rechtlichen Sender bekommen. Kann ich beweisen, dass da ein Zusammenhang besteht? Nein! Ist es so passiert? Ja!

Du bist also darauf angewiesen, mit deiner Kinodokumentation „Deadly Dust – Todesstaub“ von Stadt zu Stadt zu ziehen und die erschütternden Bilder einem interessierten und aufgeschlossenen Publikum nahe zu bringen?

Zum Teil ja. Aber ich mache das ja auch in erster Linie, weil ich nicht will, dass man mich mundtot macht. Da die Politik und die Medien dieses Thema verschweigen, weil es eine der unbequemsten Wahrheiten ist und dazu ein Kriegsverbrechen, bringe ich dieses Kriegsverbrechen so in das Bewusstsein der Menschen. Denn mit dieser Waffe führen wir einen Krieg gegen uns selbst und das muss in die Köpfe und ins Bewusstsein der Leute.

Fotos: Jürgen Grässlin, Stefan Philipp

Fragen und Perspektiven nach den Anti-Nato-Protesten

Die Demonstration in Straßburg war ein Desaster – für die Friedensbewegung und die Delegitimierung des Nato-Kriegsbündnisses. Grund genug, die Diskussion darüber, wie und mit wem in Zukunft demonstriert werden soll, intensiv zu führen – und klare Entscheidungen zu treffen: Keine – weil falsche – Solidarität mit Gewalttätern!

Von Stefan Philipp

Nicht nur die Nato feierte Geburtstag. Zwei Wochen vor dem Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden beging der Bund für Soziale Verteidigung, in dem auch die DFG-VK Mitglied ist, sein 20-jähriges Bestehen. Der Gründungsvorsitzende Theo Ebert hielt unter der Überschrift „Gewaltfrei und demokratisch" den Festvortrag, in dem er sich ausführlich mit Herkunft und Zukunft des BSV beschäftigte. Dabei kam der „Vater der sozialen Verteidigung in Deutschland" auch auf die bevorstehenden Anti-Nato-Proteste zu sprechen:

„Wenn man sich nach den pazifistischen Alternativkonzepten zur Nato umsieht, findet man wenig Konstruktives. In dem Aufruf, der zu Aktionen gegen das 60-jährige Jubiläum der Nato auffordert, ist man sich nur in den Negationen, nicht aber in den Positionen einig. Das ist auch kein Wunder, wenn man auf das Sammelsurium der Unterzeichner achtet. Bei einigen Organisationen gruselt es mir."

Nach dem 4. April hat das Gruseln viele andere erfasst. Nach massiven Gewalttaten der beiden „schwarzen Blöcke" – auf Seite der Polizei und der der Demonstranten; Opfer beider: friedliche Demo-Teilnehmer – stellt sich für die Friedensbewegung die Frage: Wie und mit wem will sie zukünftig demonstrieren?

Das intensive Nachdenken darüber hat bereits begonnen und es kursieren zahlreiche kluge und inhaltlich gute Papiere aus verschiedenen Spektren. Klar

scheint danach zu sein: Es reicht nicht mehr aus, eine Verständigung über das Ziel einer gemeinsamen Aktion in einem Bündnis zu finden, mindestens genau so wichtig ist der Konsens darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Diese Diskussionspapiere sollen hier nicht referiert werden – jede und jeder kann sie nachlesen, z.B. unter *www.zc-online.de/nato-auswertung*. An dieser Stelle sollen einige Aspekte aus DFG-VK-spezifischer Sicht thematisiert werden; orientiert also an der Gewaltfreiheit und am Programm der DFG-VK, das davon ausgeht, dass der „politische Pazifismus kein spezifisches politisches oder soziales System" propagiert, „aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Durchsetzung der Menschenrechte, die innergesellschaftliche Toleranz und den Schutz von Minderheiten sowie den Abbau struktureller Gewalt" erkennt, wozu „eine maximale Beteiligung aller an politischen Entscheidungen und die umfassende Demokratisierung politischer Strukturen" gehören.

Wenn die Friedensbewegung (oder auch andere Bewegungen oder Gruppen) zu einer „Demo" aufruft, was will sie damit? Sie will auf etwas hinweisen, etwas zeigen, etwas darlegen, etwas beweisen – ganz im Sinne des lateinischen Verbs *demonstrare*, oder, wie es der Duden beschreibt, „seine Einstellung für oder gegen etwas in auffälliger Weise öffentlich zu erkennen geben". Das scheint uns eine selbstverständliche Ausdrucksform zu sein, ein unzweifelhaftes Recht.

Dass es das nicht ist, zeigt der Blick in totalitäre Staaten. Die als Grundrechte garantierte und geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist auch eine Konsequenz aus der NS-Diktatur, was nicht geringgeschätzt und kampflos aufgegeben werden sollte. Egal, wie man zum Staat Bundesrepublik Deutschland steht – und es besteht wohl Einigkeit in der Friedensbewegung, dass sie bei allen Missständen und aller Kritik jedenfalls kein diktatorischer, totalitärer Staat ist –, wäre es fahrlässig und dumm, die staatlichen Vertreter aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, sich an ihre eigene Geschäftsgrundlage zu halten. Diese ist im Wesentlichen, dass „Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung" an das Recht jedes Einzelnen auf freie Meinungsäußerung, das Recht „aller Deutschen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln" sowie die anderen Grundrechte „als unmittelbar geltendes Recht gebunden" sind.

Freilich: „Für Versammlungen unter freiem Himmel" bestimmt Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes, dass das Versammlungsrecht „beschränkt" werden kann. Diese Beschränkungen dürfen aber ganz sicher nicht so weit gehen, dass vom Demonstrationsrecht nichts mehr übrig bliebe. Der Artikel von Monty Schädel auf Seite 12 dieses Hefts schildert die Auflagen, die für die Demonstrationen in Baden-Baden und Kehl verfügt wurden. Sie machen deutlich, dass damit die „freie Meinungsäußerung" unter „freiem Himmel" exzessiv be-, wenn nicht gar verhindert werden sollte. Nach dem Geist dieser Restriktionen sollte man wohl schweigend, im Schritttempo und nackt demonstrieren (was dann aber wohl wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses" wiederum verboten würde). Das Land Baden-Württemberg, nach dessen Versammlungsgesetz die Rahmenbedingungen der Demos geregelt wurden, probiert hier etwas, womit Bayern vor dem Bundesverfassungsgesetz bereits Schiffbruch erlitten hat. Dass eine Klage gegen die Auflagen erst in Monaten entschieden würde, ist natürlich Kalkül. Warum aber haben die Veranstalter nicht wenigstens versucht, einstweilige Anordnungen gegen einzelne oder alle Auflagen zu erwirken?

Dass das Bundesverfassungsgericht dem Demonstrationsrecht einen hohen Stellenwert beimisst, ist seit der berühmten Brokdorf-Entscheidung von 1985 bekannt. Dort heißt es u.a.: „Das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess und Willenbildungsprozess teilzunehmen, gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Diese grundlegende Bedeutung des Freiheitsrechts ist vom Gesetzgeber beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften sowie bei deren Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte zu beachten." Und weiter: „Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben. Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für be-

Konfliktmanagement

Was mir neben den viel zu vielen Polizisten in grün aufgefallen ist, waren die Konfliktmanager, bestimmt ca. 30. Einer hatte sogar einen Friedenstaube-Button. Ich weiß, dass einige Demonstranten diese Beamten als eher störend empfunden haben. Bei mir, als jemand, der sich mit ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigt, hat deren Anwesenheit eher positive Gefühle ausgelöst. Ich habe mich daran erinnert gefühlt, dass der Bund für Soziale Verteidigung einst an der Polizeischule Hiltrup den Polizisten erklärt hat, wie gewaltfreie Konfliktbearbeitung funktioniert. Ich halte die inzwischen verbreiteten Deeskalationsstrategien für den richtigen Umgang mit Konflikten. Das große Problem ist natürlich, dass es diese martialischen und provozierenden Auftritte der Polizei nicht gänzlich ersetzt – und dass diese Konfliktmanager eben nur für die Demonstranten zuständig sind und nicht in eskalierende und provozierende Polizeiarbeit eingreifen dürfen. Dennoch: Dieser Ansatz ist der einzig richtige; und in seiner Funktion, weniger in seinen Mitteln ist er vergleichbar mit der Clown Army auf Demonstrantenseite: für Entspannung und Deeskalation zu sorgen, statt – wie die Franzosen auf der anderen Seite des Rheins – Gewalt sprechen zu lassen.

Stephan Brües, ZivilCourage-Reakteur und Vertreter der DFG-VK beim Bundes für Soziale Verteidigung

Foto: Stephan Brües

Checkliste – Umgang mit Störern

Im Rahmen Ihres Einsatzes werden Sie es vermutlich auch mit Störern dieser Veranstaltung zu tun haben. Die überwiegende Mehrzahl nutzt dabei friedliche Mittel, um ihre Ablehnung zu zeigen. Das ist grundsätzlich legitim und ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Es ist grundsätzlich ein höfliches, freundliches und kompetentes, aber auch konsequentes Auftreten anzustreben. Die Beachtung der nachfolgenden Punkte soll Sie hierbei unterstützen:

Handlungsempfehlungen

- Lassen Sie sich nicht provozieren. Bleiben Sie ruhig.
- Schaffen Sie Transparenz – auch gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien – für die polizeilichen Maßnahmen.
- Geben Sie, wann immer nötig, klare Anweisungen und setzen Sie Grenzen. Es gibt keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen.
- Erläutern Sie den Grund des Einschreitens und zeigen Sie verschiedene Lösungsmöglichkeiten auf.
- Erläutern Sie die Konsequenzen einer Weigerung und benennen Sie eine Zeitrahmen bis zur polizeilichen Umsetzung der angekündigten Maßnahme.
- Lockern Sie die Atmosphäre durch kommunikatives Auftreten auf. Signalisieren Sie Gesprächsbereitschaft.

Aus: Polizei Baden-Württemberg, BAO Atlantik: Einsatzhandbuch zum NATO-Gipfel am Oberrhein 3./4. April 2009

Augenzeugenbericht Straßburg

Ich bin morgens gegen 8 Uhr 30 zu Fuß vom Peace-Camp Richtung Europabrücke losgegangen, da ich hoffte, dort um 11 Uhr den baden-württembergischen Ostermarsch zu treffen. Im Peace-Camp selbst gab es leider nur vage und sehr unterschiedliche Informationen über die für 13 Uhr geplante internationale Demo. Einige rieten generell ab, in die Innenstadt zu gehen, andere meinten, wir sollten versuchen, am Universitätsplatz um 13 Uhr zur zentralen Demo zu kommen. Mit einigen anderen Demonstranten kamen wir problemlos bis zu der ersten Brücke zur Innenstadt. Dort kamen uns allerdings schon besorgte Demonstranten entgegen, die abgewiesen wurden von einer sehr robust auftretenden Polizei und sich nicht mehr trauten weiterzugehen. Ich ging weiter Richtung Europabrücke und kam dort bis zu einer ersten Brücke im Bereich des Hafens, die komplett von der Polizei geschlossen war. Seitens der Demonstranten waren dort eine ganze Reihe deutscher und französischer Gruppen, teils organisiert, teils individuell. Aus nichtigem Grund wurde immer wieder Tränengas eingesetzt.

Gegen ca. 10 Uhr 30 entschloss sich die französische Polizei, vorzurücken und die Demonstranten zurückzudrängen. Einige wenige waren auch vom „Schwarzen Block". Soweit ich es sehen konnte, wurden zwei festgenommen. Dann geschah das nächste Unverständliche. Die Polizei räumte die Brücke ganz und machte sich mit fast allen auf den Heimweg(?). Die Brücke und der Weg zur Europabrücke waren jedenfalls frei. Vielleicht ein dutzend Demonstranten nutzten die Gelegenheit und machten sich auf den Weg – vorbei am großen Platz, auf dem die französischen Freunde gerade ihre Stände etc. für die Kundgebung aufbauten.

So kam ich gegen 11 Uhr 50 auf die Brücke und ging bis zur Mitte. Am deutschen Ufer hatte die Polizei mit vielleicht 100 Mann und vier Wasserwerfern alles abgeriegelt. Dahinter sah man nach und nach den wartenden deutschen Demonstrationszug. Auf der Brücke traf ich noch zwei Friedensfreunde aus Karlsruhe, die von Kehl herüber gefunden hatten. Die Polizei fragte sie vor dem Passieren, wo sie hinwollten. Auf die Antwort „Nach Frankreich" durften sie weiter. Es ging gut eine dreiviertel Stunde ins Land und nichts passierte. Da gutes Wetter war und die Stimmung allgemein gut und friedlich, blieb ich auf der Brücke und schwenkte meine Pace-Fahne. Ich wurde dabei, weil die andere Seite auch nichts anderes zu tun hatte, von Land, vom Wasser und auch aus der Luft fotografiert ohne Ende. Als ich einen Polizeifotografen nach Abzügen für mich oder einen Videoclip fragte maulte der nur dienstgemäß.

Etwas unruhiger, aber immer noch sehr locker, wurde es, als die Polizisten plötzlich den Befehl „Helm auf" erhielten. Wir waren auf französischer Seite immer noch maximal zwei dutzend Leute. Ich war noch so naiv zu glauben, dass aus welchem Grund auch immer, die Polizeiarmada einschließlich der großen Wasserwerfer an mir vorbeigehen würde und ich den baden-württembergischen Ostermarsch mit der Pace-Fahne begrüßen könnte. Da ich aber vom Grundsatz her ein neugieriger Mensch bin und vielleicht auch aus Vorsorge fragte ich nach ca. zehn Minuten zwei Polizisten mit aufgesetztem Helm, was sie denn vorhätten. Antwort: „Das geht Sie nichts an." Der nächste sagte wenigstens: „Wenn Sie gleich noch auf der Brücke stehen, machen wir Sie platt!" Meine freundliche Frage, was ich denn falsch machen würde, ich würde seit über einer Stunde auf meine Freunde aus Baden-Württemberg warten, die hier in friedlichem Demozug auf einer genehmigten Route nach Frankreich wollten, war offensichtlich dann doch zu viel – ich hörte als Antwort: „Noch ein Wort und wir nehmen Sie gleich in Gewahrsam." Meine Bemerkung „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn" war dann doch eine Nummer zu kompliziert für die Herren in erster Polizeireihe. An einen Polizeioberen kam ich nicht heran. Von anderen Polizisten auf der anderen Brückenseite der ca. 20 Mann starken ersten Reihe bekam ich auch keine bessere Antwort. Darauf ging ich zurück auf das französische Ufer und teilte auch allen anderen mit, es sei zu erwarten, dass die Polizei in geschlossener Formation über die Brücke wolle und keinerlei Rücksicht auf demokratische Demonstrationsrechte nehmen wolle, sondern alles, was auf der Brücke ist, „plattmachen".

Erst nach dieser langen Zeit kamen von französischer Seite sehr viele Demonstranten zur Europabrücke, leider auch einige vom „Schwarzen Block", die zunächst Fahnenstangen umknickten und ca. 50 Meter vom französischen Brückenende weg Barrikaden bauten. Auf französischer Seite war gut eine Stunde lang kein einziger Polizist weit und breit zu sehen. Die deutsche Polizei stand unverändert mit aufgesetztem Helm und wartete – auf was auch immer. Als die erste Barrikade zu brennen anfing, kam nach vielleicht zehn Minuten die tolle Durchsage aus einem Polizeilautsprecher: „Was sie tun ist strafbar. Dies ist die erste Ansage. Es ist 13 Uhr 15."

Mit den Leuten vom „Schwarzen Block" war leider überhaupt nicht zu reden. Weder der Versuch einer Diskussion, noch martialischere Versuche einer Diskussion „Macht keinen Scheiß, das schadet uns" zeigten die geringste Wirkung. Ordner von Seiten der Veranstalter der Demo habe ich leider auch nicht gesehen. Die Gewalt nahm ihren Lauf. Erst brannte die ehemalige Zollstation, dann ein kleineres Haus weiter in Frankreich, dann das Hotel Ibis.

Aus meiner noch frischen Sicht *(geschrieben eine Stunde nach der Rückkehr von Straßburg in Balingen – Anm. d. Red.)* haben drei Tatsachen leider zu der sich nach und nach verstärkenden sinnlosen Randale geführt: 1) Die deutsche Polizei verhinderte den geplanten Demonstrationszug über den Rhein. Wäre dieser, wie genehmigt, rechtzeitig marschiert, hätte auf dem Platz mit der Kundgebung eine große friedliche Manifestation stattgefunden. 2) Nachdem die ersten Reifen brannten, passierte gut eine Stunde nichts. Von Seiten der deutschen Polizei lediglich die weitere Durchsage: „Sie machen sich strafbar, das ist jetzt die zweite Ansage, es ist 13 Uhr 38". 3) Die französische Polizei war auf dem ganzen Platz von der Europabrücke bis zu den ersten Brücken im Hafen völlig abwesend. Erst als das Hotel brannte, kamen Polizisten ohne Ende, mit mobilen Einsatzkräften, mit Schützenpanzern, mit Räumgeräten. Übrigens auch sehr viele deutsche Polizisten, die auf der französischen Seite waren.

Alle Demonstranten waren dann bis fast 17 Uhr auf der Insel „eingesperrt" und mussten warten, bis die Brücken nach Straßburg freigegeben wurden. Nach zwei Stunden Fußmarsch waren wir wieder im Camp und hatten eine ruhige Nacht. Am Morgen wurde mir noch zum Abschluss bei einer Ausfahrtkontrolle durch Zivilpolizisten ca. einen Kilometer vom Camp weg ein Schweizer Taschenmesser (kleine Ausführung) abgenommen. Als ich dafür eine Quittung wollte, kam ich mit Leibesvisitation und ohne Quittung davon, was mir dann doch lieber war als zwei Stunden weitere Autokontrolle, bei der sie mir konsequenterweise auch noch das Autowerkzeug hätten abnehmen müssen, da dies weit militanter ist als das Taschenmesser.

Wolfgang Strasser, DFG-VK-Mitglied aus Balingen

Foto: Jürgen Grässlin

Brennendes Ibis-Hotel

hördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit."

Mit einer solchen Kooperation ist sicherlich ein höchst problematischer Bereich angesprochen, stellt sie doch die Frage, welche Position die Friedensbewegung zum bundesdeutschen Staat beziehen will.

Der DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel hat eine umfangreiche Erfahrung in der Organisation von Demonstrationen und Protestaktionen. Bereits vor zwei Jahren war bei allen Verhandlungen mit den Behörden wegen der globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligt, ebenso wie nun in der Vorbereitung der Anti-Nato-Proteste.

In einer ersten Auswertung kam er Mitte April zu dieser Einschätzung: „Wer heute noch an eine Partnerschaft mit einer Behörde oder der Polizei glaubt, egal ob sie in Anzug und Hemd, der dunkelblauen oder schwarzen Kampfuniform mit Waffen, Schild und Helm oder aber mit bunten Westen als Konfliktmanager daherkommen, sollte sich aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus halten." Die Bereitschaft zu einer Kooperation – diese hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Urteil von beiden Seiten verlangt – vermochte er nicht zu erkennen, sondern sieht ein System „gegen uns zur Durchsetzung der Regierungspolitik aus Krieg, Militarisierung der Gesellschaft, Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, Minimierung sozialer Rechte und Kriminalisierung dagegen gerichteter Bewegung." Dieses wirke unabhängig vom Willen einzelner Akteure der Gegenseite, von denen es einige geben mag, die zu einer Partnerschaft bereit wären.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag hat in seinen Überlegungen „Wie weiter nach Strasbourg?" formuliert, dass die Friedensbewegung „bekanntlich vor allem darauf" setzt, sich „in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen ‚Großgruppen' (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen." Richtig, und deshalb: So wenig man sich als Gewaltfreier von so genannten Militanten vorzuwerfen lassen braucht, man sei naiv (weil man weiß, dass dass die gewaltbefürwortende und -ausübende Militanz genau das hervorruft, ausübt und

bewirkt, was sie bekämpfen will), sollte man in ein Schwarz-weiß-denken verfallen.

Niemand kann Monty Schädel seine Erfahrungen absprechen. Aber in seinem eigenen Auswertungspapier wirbt er im Blick auf die notwendige Aufarbeitung dafür, „dass nicht alle subjektiven Eindrücke generalisiert werden können." In der Tendenz hat er sicherlich Recht, aber wo waren im Vorfeld oder auch kontinuierlich die Kontakte zu den DGB-Kollegen der Gewerkschaft der Polizei? Sicherlich kein einfacher Kontakt, zumal dann, wenn man vom GdP-Vorsitzenden Freiberg in seiner Presseerklärung vom 4. April lesen muss, dass er den „Polizeieinsatz auf deutscher Seite des Nato-Gipfels" als „vorbildlich" beschreibt. Denoch ein zwar schwieriger, aber unerlässlicher Kontakt.

Oder wo war im Vorfeld das Gespräch mit der FDP, die in Baden-Württemberg an der Regierung beteiligt ist? Sicherlich auch schwierig und mühsam, aber es gibt in dieser neoliberalen FDP auch einen bürgerrechtlichen Flügel. Trägt z.B. der uneingeschränkt beide Maximen mit, wie sie der höchste Verantwortliche für den Polizeieinsatz, der Leitende Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Bernhard Rotzinger, vorgegeben hat: „Die Sicherheit der Staatsgäste und aller Delegationsteilnehmer muss jederzeit gewährleistet sein. Der störungsfreie Verlauf aller Veranstaltungen einschließlich der Rahmenprogramme hat oberste polizeiliche Priorität." Der erste Satz scheint mindestens nachvollziehbar, der zweite ist aus grundrechtlicher Sicht schlicht falsch: Auch Staatsgäste und ihr Gefolge haben es in einer Demokratie auszuhalten, sich durch friedlichen Protest „gestört" zu fühlen. Das wird jeder grundrechtsliberale FDPler unterschreiben können.

Das Streben nach „Veränderungen in den Köpfen der Menschen" hin auf eine gewaltfreie Orientierung und mit menschenrechtlich orientierter Perspektive führt direkt zu der Frage nach den Bündnispartnern der DFG-VK.

Versteht man Gewaltfreiheit im Gandhi'schen Sinne als aktives Tun, für das bewusst auch Nachteile in Kauf genommen wird, das stets offen agiert und die volle Verantwortung dafür übernimmt, das das Leben, die Integrität und die Würde des Kontrahenten unter allen Umständen respektiert, dann wäre das ein sehr hoher Anspruch, der den Kreis möglicher Bündnispartner massiv beschränken würde. (Und fraglich wäre im Übrigen, ob ein solches Verständnis überhaupt von allen DFG-VK-Mitgliedern geteilt würde.) Unstrittig in der DFG-VK dürfte aber sein, dass Aktionen so angelegt und durchgeführt werden müssen, dass sie friedlich, gewaltlos und die Verletzung anderer Menschen ausschließend sind. Die Übertretung von Gesetzen wäre damit grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Ausübung zivilen Ungehorsams wäre vielmehr Bestandteil dieses Verständnisses. Gleich-

Augenzeugenbericht Straßburg

9.55 Uhr. Wir fahren mit drei bis auf den letzten Platz besetzten Bussen von Freiburg zur Demonstration ins 90 Kilometer entfernte Straßburg. Einer nach Kehl, zwei nach Straßburg, gewöhnlicherweise ein ansehnliches Ausflugsziel, in einer Stunde erreichbar. Gewöhnlicherweise. Dass heute alles anders sein wird, können wir allenfalls erahnen. Da die Autobahn nach Norden im Bereich Kehl gesperrt sein soll, wählt unser Busfahrer die Route elsassseits am Rhein entlang. Entspannte Stimmung, Vorfreude, noch.

10.27 Uhr. Die wenigen Kilometer bis zur deutsch-französischen Grenze liegen hinter uns. Passkontrolle. „Wir haben einen Treffer im Bus!" erklärt einer der Polizisten emotionslos. Nach einer Wartezeit von anderthalb Stunden entpuppt sich der „Treffer" im anderen Bus als „abgelaufener Ausweis". Erst jetzt dürfen die beiden Busse den Rhein überqueren.

11.55 Uhr. Französische Polizisten, nahezu an jedem Kreisverkehr stehend, leiten unsere Busse mal in Richtung Straßburg, mal in Richtung Vogesen, bis an deren erste Ausläufer, wiederholt sogar zurück in Richtung Breisach. Was anfangs noch recht unterhaltsam wirkt, entpuppt sich alsbald als Schikane ohnegleichen. Irgendwann erreichen wir ein Hinweisschild mit der Entfernungsangabe „Strasbourg 24". Eine halbe Stunde später heißt es „Strasbourg 20". Laufen oder gar Fahrradfahren ginge schneller vonstatten.

Foto: Jürgen Grässlin

14.15 Uhr. Vier Stunden und zwanzig Minuten nach Reisebeginn erreichen wir Straßburg. Begrüßt von einer bedrohlichen Rauchwolke, aufgeregt gestikulierenden und eindringlich vor Gewaltexzessen warnenden Friedensbewegten beschließen einige von uns spontan, den Tag im nächstbesten Straßencafé zu verbringen. Ich gehe in einer Kleingruppe zaghaft in Richtung der dunklen Wolke, überall stehen bewaffnete Spezialeinheiten der französischen Polizei in bedrohlicher schwarzer Montur.

Gegen 14.50 Uhr. Ich laufe an rund zwanzig weißen Polizeifahrzeugen vorbei, die mitten auf der Straße stehen, in ihnen warten zahlreiche Uniformierte. Einer inneren Intuition folgend verlasse ich die Straße und besteige einen Bahndamm, der Sicherheit verspricht und beiderseits eine gute Aussicht. Von hier oben kann ich auf der gegenüberliegenden Seite erkennen, wie sich der Kundgebungszug nähert. Tausende friedlicher Demonstranten, Parolen rufend, vielsprachige Anti-Nato-Transparente tragend. Unter ihnen viele schwarz vermummte Menschen, erschreckend viele, je nach Abschnitt sogar mehr als die Friedensaktivisten. Im Hintergrund steigen Tränengaswolken auf, Schockgranaten knallen, verschossen von Polizisten. Warum die Sicherheitskräfte derart drastische Maßnahmen ergreifen, kann ich nicht nachvollziehen. Womöglich sind es die brennenden Häuser, entzündet aus dem schwarzen Block gewaltbereiter zumeist jugendlicher Anti-Nato-Aktivisten, die jegliche Hemmschwellen fallen lassen. Unbeirrt setzt der Demonstrationszug setzt seinen Weg fort, läuft unter dem Bahndamm hindurch und trifft logischerweise auf besagte Polizeifahrzeuge, die blockadegleich den Weg weitgehend versperren. Die Fahrer hupen, fahren sogar langsam in Richtung der Demonstranten los. Jetzt brechen, wen wundert's, sämtliche Dämme, die Gewalt entlädt sich. Die zumeist Vermummten ergreifen die Gelegenheit, nehmen die zuhauf am Bahndamm herumliegenden Steine und bewerfen die Polizeifahrzeuge. Man spricht Deutsch. Steine fliegen, Glas splittert. In ihrer Not fahren die Polizeifahrzeuge konfrontativ in den Demonstrationszug hinein – und das, obwohl rechter Hand ausreichend Platz zum Ausweichen gewesen wäre. Keiner der Polizisten traut sich aus den Fahrzeugen heraus, zu Recht, für sie bestünde Lebensgefahr. Minuten später ist der Spuk vorbei, der Demonstrationszug in Richtung der Hafenanlagen weiter gezogen, wo die offene Feldschlacht ihren Lauf nimmt. Die meisten Friedensbewegten, mich eingeschlossen, halten sich fern. Was bleibt ist eine von Steinen und Glassplittern übersäte Straße und eine Menge Fragen. Ist die französische Einsatzleitung tatsächlich heillos überfordert gewesen? Sind die polizeilichen Spezialeinheiten von der eskalierenden Gewalt überrascht worden? Falls ja, haben sie völlig versagt. In mir regt sich allerdings der Verdacht, dass das Szenario genau so gewollt gewesen und dementsprechend provoziert worden ist. Sollten hier Bilder gewalttätiger Demonstranten erzeugt werden, die den gewaltigen Polizeiaufmarsch beiderseits des Rheins nachträglich legitimieren?

Als wir um 18.00 Uhr nach Freiburg zurückfahren, herrscht weitgehend enttäuschte bis besinnliche Stille, die Euphorie sonstiger Demonstrationstouren – denken wir nur an Büchel – will verständlicherweise nicht so recht aufkommen.

Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher

zeitig wäre aber auch die Trennlinie eindeutig fixiert: Der kategorische Ausschluss menschenverletzender Gewalt. Dafür braucht sich eine Organisation wie die DFG-VK nicht zu rechtfertigen, dafür muss sich kein DFG-VK-Mitglied entschuldigen. Dem Vorwurf der „Spaltung“ (der Friedensbewegung) würde man begegnen mit: „Ja! Genau diese wollen wir – an der Frage der menschenverletzenden Gewalt. Wer mit uns gemeinsam eine Aktion machen will, der muss sich dafür auf diese Bedingung einlassen. Wer an einer unserer Aktionen teilnehmen will, der muss diese Voraussetzung in seinem Handeln erfüllen. Keine Organisation und keine Einzelperson wird gezwungen, mit uns zusammenarbeiten, an unseren Aktionen teilzunehmen.“ Für PazifistInnen heiligt der Zweck die Mittel nicht, im Gegenteil bilden ihre Methoden das angestrebte Ziel bereits ab.

Was hat den Erfolg der Ostermarsch-Bewegung der 1960-er Jahre ausgemacht, die ein Umdenken im „kalten Krieg“ mit angestoßen hat, den Wahnsinn der atomaren Abschreckung für zunehmend mehr Menschen deutlich gemacht hat, die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung zu einer Massenbewegung mit befördert hat? Ihre klare Absage an Gewalt.

Was hat den Erfolg der Friedensbewegung gegen die Aufstellung neuer atomarer Raketen in den 1980-er Jahren mit der Teilnahme Hundertausender an Demonstrationen und Tausender an Blockade-Aktionen und der Zustimmung von Millionen zu ihren Forderungen bewirkt? Ihre friedliche Orientierung, ihre gewaltlosen Aktionsformen.

Es ist ein Märchen zu glauben, man könnte die Meinungsführerschaft als Friedensbewegung in der Bevölkerung gewinnen, wenn man gewaltförmige Methoden nicht klar ausschließen, Zweifel an der friedlichen Orientierung zulassen würde.

Was aber ist mit den Agents Provocateurs, von denen man weiß, dass es sie

Augenzeugenbericht Kehl

Wir hatten uns ganz vorne im Ostermarschzug eingereiht und waren im dichten Gedränge noch nicht weit gegangen, als ich Parolen gegen die Polizei vernahm, gebrüllt unmittelbar aus den Reihen hinter mir. Mir fielen nun immer mehr schwarz gekleidete Menschen auf, die nach vorne drängten. Gleichzeitig liefen behelmte Polizisten links und rechts des Demonstrationszuges mit. Mir war zunehmend unwohl in meiner Haut, weil das, was ich hörte, nichts mit einer gewaltfreien Haltung zu tun hatte. Immer mehr sah ich mich von schwarz Bekleideten umringt. Allerdings wollte ich da vorne nicht einfach den Platz räumen, weil ich ganz am Beginn des Demonstrationszuges Freundinnen und Freunde von der DFG-VK und vom Ökumenischen Netz Württemberg mit ihren Transparenten wusste und nicht wollte, dass diese plötzlich nur noch schwarze Gestalten in ihrem Rücken und an ihrer Seite hatten. Viel Zeit zum Nachdenken blieb allerdings nicht, denn bald darauf wurde die Demonstration von der Polizei gestoppt. Die Stimmung um mich herum kochte hoch. Vor uns einige Wasserwerfer und unzählig viele Polizisten, neben uns ebenfalls. Mir wurde es schon mulmig. Was, wenn nun die Polizei plötzlich gegen die Demonstranten losgeht – weil sie sich provoziert fühlt oder aus anderen Gründen. Und dann wohin in diesem dichten Gedränge, eingezwängt zwischen so vielen Menschen? Nach einigen höchst angespannten Minuten kam ein erstes Gefühl von leichter Entspannung in mir hoch, als ich einige Menschen vom Tübinger Bloch-Chor sah, die wenige Meter vor mir zu singen anfingen. Nach langem Warten war klar, dass die Demonstration trotz aller Verhandlungen endgültig nicht mehr ihren Weg fortsetzen durfte. Natürlich war das frustrierend. Und andererseits hätte ich gar keine Lust darauf gehabt, in gewalttätige Auseinandersetzungen zu geraten.

Michael Schmid, DFG-VK-Gruppe Gammertingen

Augenzeugenbericht Kehl

Bei der Demonstration lief ich mit Leuten der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden im hinteren Zugteil und musste mir das aufdringliche Gequatsche der MLPD mit ihrem „offenen Mikrofon“ anhören, dem man nicht ausweichen konnte. Deren Themen hatten mit der Demonstration sehr wenig zu tun. Am Ende des Demonstrationszuges fuhren mehrere Fahrzeuge der Polizei und mehrere Dutzend Polizisten riegelten den Zug ab. Man konnte zwar aus der Demo raus, aber falls es zu Auseinandersetzungen gekommen wäre, hätte uns die Polizei eingekesselt. Da die Demonstrationsteilnehmer allesamt friedlich gestimmt waren, kam es zu keinerlei Provokation mit der Polizei. Als der Zug vor dem Grenzübergang ins Stocken geriet und mehrere Stunden nicht von der Stelle kam, blieb es ruhig. Von Seiten der Demoleitung gab es keine Infos, ob und wann wir über die Europabrücke können. Es gab vereinzelt Infos von den Anti-Konflikt-Teams der Polizei, die aber nicht überprüft werden konnten. Woher die Polizei ihre Infos hatte, war nicht nachvollziehbar. Als auf der anderen Rheinseite schwarze Rauchwolken in den Himmel stiegen, kam etwas Unruhe auf. Es war klar, dass es dort zu Auseinandersetzungen gekommen war. Per Handy gab es vereinzelt Infos, was dort passiert war. Von der Polizei wurde per Durchsage bekannt gegeben, dass uns der französische Präfekt die Einreise verweigert und die Europabrücke gesperrt bleibt. Dies wurde mit Pfiffen quittiert. Für uns Demoteilnehmer war lange unklar, wie es auf deutscher Seite weitergeht. Seitens der Demoleitung gab es keine Infos, sodass wir auf die Durchsagen der Polizei angewiesen waren. Nach und nach gingen viele Demoteilnehmer aus dem Zug nach Hause. Es blieb der „harte Kern“ derer, die mit den Bussen angereist waren und deren Rückreise für 17 Uhr geplant war.

Klaus Pfisterer, Sprecher des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg

Augenzeugenbericht Straßburg

Am Donnerstag, 2. April, erkundeten wir (Christian und ich; beide von der DFG-VK-Gruppe Kiel) das Gebiet um die Europabrücke und den geplanten Auftakt- und Abschlussort für die Großkundgebung am Samstag. Bereits unterhalb der Europabrücke wurden wir von französischen Polizisten gestoppt und durchsucht (Taschenkontrolle). Wir durften dann weitergehen. Nächste Kontrolle – kurz und oberflächlich – durch deutsche Polizisten am Grenzkontrollhäuschen (das am Samstag abgebrannt wurde). Nächste Kontrolle durch französische Polizisten, obwohl wir uns wieder auf nicht gesperrten Wegen aufhielten. Es kamen zwei weitere Polizeiwagen hinzu. Wir wurden mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt und in zwei Polizeiautos verfrachtet. Mit „Tatütata“ ging es ins nächste Polizeirevier, wobei sich die drei Polizisten bei mir im Wagen wie große Kinder über diese Fahrt freuten und herumalberten. Im Polizeirevier mussten wir dann drei Stunden verbringen, bis endlich die Dolmetscherin zur Verfügung stand. Christian wurde während dieser Zeit sein – auf Französisch geäußerter – Wunsch verwehrt, zur Toilette gehen zu dürfen. Ich wurde als Erster verhört, dabei wurden Daten über meine Eltern und mich erfragt und aufgenommen. Letzte Frage der Dolmetscherin (die mit 40 Euro Stundenlohn bezahlt wurde) an mich war „Und Sie wissen nun wahrscheinlich gar nicht, warum Sie hier sind“, was ich bejahte. Nach kurzer Rücksprache mit einem Staatsanwalt durften wir wieder gehen – und setzten unseren Erkundungsgang wie geplant fort. Christian musste zuvor eine „Pace“-Fahne und eine Tränengasbrille abgeben.

Gottfried Müller, DFG-VK-Gruppe Kiel

gab und gibt, dass sie wohl auch in Straßburg „zum Einsatz“ kamen? Denn natürlich konnten die Staats- und Regierungschefs der in Straßburg versammelten Nato-Mitglieder nichts dringender brauchen als die Bilder Steine werfender Demonstranten, vermummter Gewalttäter, brennender Gebäude. Nichts hätte die Legitmation ihrer Kriegspolitik stärker in Frage gestellt und die faktische Besetzung einer ganzen Region und die Verhängung des Ausnahmezustands über ihn stärker deutlich gemacht als Zehntausende, die friedlich und selbstbewusst ihr Gesicht zeigend ihre Ablehnung der Nato bekundet hätten und von einer ebenso großen paramilitärischen Polizeitruppe bedroht und angegriffen worden wären. Insofern kann man davon ausgehen, dass es in Straßburg staatliche gelenkte Provokateure gab, die gemeinsam mit nichtstaatlichen Gewalttätern die Tausende friedlicher DemonstrantInnen faktisch in Geiselhaft genommen und deren Anliegen desavouiert haben.

Was also tun mit den Agents Provocateurs? Wenn eine Aktion eindeutig als friedlich und gewaltlos angelegt und die Teilnahme daran mit dem Einverständnis dieser Bedingung verbunden wäre, dann würden die nichtstaatlichen Steinewerfer nicht kommen. Jeder, der zur Gewaltanwendung aufstachelt, der selbst welche ausübt, wäre ein staatlich entsandter Agent Provocateur – und könnte bedenkenlos seinen eigenen Leuten übergeben werden. Das wäre im Übrigen auch keine „Zusammenarbeit mit der Polizei“, wie sie von anarcho-pazifistischer Seite abgelehnt würde. Im Gegenteil würde die Zusammenarbeit doch genau darin bestehen, Agents Provocateurs den Schutz der eigenen Leute zu bieten und sie dort ihren Auftrag ausführen zu lassen.

Nun führt die Friedensbewegung bei ihren Demonstrationen keine Zugangs-

Augenzeugenbericht Straßburg

Ausgestattet mit einer Kameraausrüstung machen wir uns auf den Weg ins Stadtzentrum, um Kundgebungen, Aktionen Zivilen Ungehorsams und ggf. Polizeigewalt zu dokumentieren. Mit unseren Presseausweisen passieren wir mehrere – nicht alle – Sicherheitskontrollen. Wir treffen nach vielem Hin und Her auf eine 20-köpfige Schar von Clowns und später auf eine Blockade von 200 Leuten im nordöstlichen Stadtzentrum, die aber gerade (freiwillig) aufgelöst wird. Wir wollen zur Rheininsel, was über eine Stunde dauert: Überall Sperren, Umleitungen. Schwarze Rauchwolken am Himmel. Beim Verlassen des Stadtzentrums warnt uns die Polizei: Zurück ließen sie uns nicht mehr. Wir gehen weiter. In der Ferne beständiges Detonieren von Schockgranaten. Vor der Vaubant-Brücke: Der Straßenrand zu beiden Seiten übersät von leergeschossenen Tränengaskartuschen, die Luft ein Gemisch aus Rauch und Gas, die Leute waschen sich die Augen aus. Wir erfahren, dass diese Brücke, für Tausende der einzige Zugang zur Demo, stundenlang gesperrt war. Im Moment gibt es ein Schlupfloch, aber die Polizei fährt große Absperrgitter heran. Offenkundig ist: Wer weitergeht, kommt nicht zurück, die Insel wird zum Kessel. Hinter diese Gitter wollen wir nicht. Also zurück, 1.000 DemonstrantInnen kommen uns entgegen (woher kommen die bloß?). Nervöse Polizisten brüllen nicht die Demo an, sondern die Jugendlichen aus den nahen Plattenbauten, vor denen sie offenbar mehr Angst haben...

Frank Brendle, ZivilCourage-Redakteur und Mitglied im DFG-VK-Landesvorstand Berlin-Brandenburg

Augenzeugenbericht Straßburg

Auf den ersten Blick sah die Rheininsel zwischen Straßburg und Kehl, auf der die Demonstration beginnen sollte, recht ruhig aus: im Norden Hafen, im Süden Park und dazwischen nur ein paar Häuser. Doch schon der zweite Blick belehrte mich eines Besseren. Nur wenige Brücken führten in diesen Hochsicherheitstrakt. Diejenige im Norden, auf der ich es zuerst versuchte, war für jeden Verkehr völlig gesperrt. Diejenige im Nordosten war zwar auch für jedes andere Fahrzeug durch unzählige Polizeifahrzeuge blockiert, zu Fuß hatte ich aber keine Probleme. Erst später hörte ich, dass sie kurz zuvor und kurz danach ebenfalls völlig gesperrt war. Lange sah ich nur wenige wie mich auf dem Weg zur Kundgebung, einzelne auf dem Weg zurück und am Himmel eine erste Rauchsäule. Hinter einem Bahndamm sah ich dann die ersten Randalierer, die gerade auf einer Kreuzung Überwachungskameras von Laternenpfosten und Schnapsflaschen aus einer Hotelbar holten. Dieses Hotel schien schon leer und sollte später noch völlig ausbrennen. Weit und breit keine Polizei! Hinter der nächsten Ecke sah ich endlich die eigentliche Kundgebung: Oben auf der Bühne sprach Reiner Braun ein leichtes, doch lösbares Problem mit der Route an. Hinter dem Platz stieg eine zweite schwarze Rauchsäule auf. Oben wurden Neuankömmlinge herzlich willkommen geheißen. Hinten rannten Vermummte gruppenweise unter die Menge. Oben wurde Bianca Jagger begeistert angekündigt. Hinten zogen Tränengasschwaden herüber. Ich hatte genug. Auf endlosen Parkwegen, über eine vergessene Wehrbrücke im Süden, unter rostigen Bahnwaggons und durch willkürliche Polizeikontrollen kam ich auch endlich zurück. Ich hatte genug.

Kai-Uwe Dosch, Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen

Augenzeugenbericht Straßburg

Am Samstag, 4. April, fuhren ein alter Freund und ich mit der Bahn nach Kehl, wo wir gegen 12 Uhr ankamen. Wir gingen zu Fuß über die Rheinbrücke, wobei unsere Ausweise kontrolliert wurden. Auf der anderen Rheinseite in Straßburg kamen uns bunt gekleidete Menschen mit Fahnen, aber auch schwarz gekleidete Menschen mit Mopedhelmen entgegen. Es war weit und breit kein uniformierter Polizist zu sehen. Direkt am Ende der Brücke standen einige Masten mit verschiedenen Flaggen. Ich erinnere mich an eine Nato-Flagge, eine französische und eine deutsche Nationalflagge. Sie wurden heruntergerissen. Auf der Brücke wurde etwas angezündet, was fürchterlich rauchte und stank. Es war immer noch kein Polizist zu sehen. Nur die Europabrücke hinter uns war von deutscher Polizei gesperrt, indem Polizisten mindestens dreireihig über die gesamte Breite der Brücke standen, dahinter konnte ich vier Wasserwerfer erkennen. Dann wurden die Scheiben in der seit langem unbesetzten Grenzstation eingeworfen und das Haus in Brand gesetzt. Es kamen weder Feuerwehr noch uniformierte Polizei. Wir gingen in den Park am Rhein und gelangten zu dem Gelände, das für die Abschlusskundgebung der Demonstration eingerichtet war. Im vorderen Drittel bei der Bühne hielten sich einige Menschen auf. Es war weder unter ihnen noch am Rand des Geländes irgendwo ein Polizist zu erkennen. Hinter dem Gelände war eine Straße und auf der anderen Seite der Straße ein Hotel. Ich sah, wie einige Menschen, unter ihnen auch welche mit schwarzer Kleidung, die Scheiben des Hotels einwarfen. Einige zündeten vor dem Hotel Mülleimer an, andere gingen in das Hotel und kamen mit Stühlen und Tischen aus dem Hotel heraus, die sie in das Feuer warfen. Es war immer noch nirgends uniformierte Polizei zu sehen. Ob die schwarz gekleideten Menschen zu Organisationen irgendwelcher Art gehörten, war nicht zu erkennen. Etwas über eine Stunde nach dem ersten Feuer kamen dann viele uniformierte französische Polizisten in Polizeifahrzeugen angefahren. Die Polizei schoss Leuchtraketen ab und brachte Tränengas zum Einsatz. Das Tränengas verteilte sich über das Gelände für die Kundgebung. Wir verließen das Gelände schnell in entgegengesetzter Richtung, dennoch kam es zu Reizungen der Atemwege und Augen.

Axel Georges, DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

Augenzeugenbericht Kehl

Leute, die sich mit den unangenehmsten und blödesten Aufgaben eines Events abgeben, verdienen zunächst mal großen Respekt. Den habe ich auch gegenüber den Organisationsleitern der Kehler Demo. Dennoch war diese Organisation und insbesondere die Informationspolitik gegenüber den Demonstranten suboptimal. Es darf nicht sein, dass einzig die Polizei die Demonstranten darüber informiert, was die Demoleitung unternimmt (z.B. mit der Polizei zu verhandelt). Diese Nicht-Information durch die Veranstalter hat m.E. dazu geführt, dass einige Demonstranten sich aggressiver verhalten haben, als es notwendig war (bei allem Verständnis für deren Frust und deren Wut). Offensichtlich war nicht klar, wie mit der festgefahrenen Situation vor der Europabrücke umzugehen sei. Diese Unsicherheit hat – so meine Beobachtung – dazu geführt, dass ein Wagen der Organisationsleitung, der eine Kundgebung von der Polizeibarriere entfernt vorbereiten sollte, von einem Demonstranten durch eine Sitzblockade behindert wurde. Eine Sitzblockade gegen die eigenen Leute habe ich bisher auf einer Demo noch nicht gesehen. Ich will diese Situation nicht überbewerten, aber sie zeigt dennoch die Konfusion und Überforderung der Demoleitung. Damit will ich nicht Schuld von den Herrschenden auf die Organisatoren abwälzen, aber dennoch sollte das so auf unserer nächsten Demo nicht mehr passieren.

Stephan Brües, ZivilCourage-Redakteur

kontrollen durch. Weder könnte sie das, noch sollte sie das tun. Die Veranstalter können sich aber darum kümmern, instruierte und vorbereitete Ordner zu stellen. Ordner braucht sie ohnehin, weil das regelmäßig eine behördliche Auflage ist. Dann würde es nicht wie bei der Demonstration in Kehl passieren, dass jede und jeder, die/der nicht ausdrücklich „Nein“ gesagt hat, eine Ordnerbinde in die Hand gedrückt bekam, ohne dass sie/er die blasseste Ahnung gehabt hätte, wie sie/er sich in welchem Fall zu verhalten hätte oder wie sie/er z.B. Kontakt zur Demoleitung hätte herstellen können.

Was sich bei gewaltfreien Aktionen mit dem Bezugsgruppensystem als sehr positiv bewährt hat, könnte in modifizierter Form auch bei Demonstrationen praktiziert werden. Gerade eine Organisation wie die DFG-VK mit ihrer Mitgliederstruktur könnte dabei hilfreich. Bei der Demonstration in Kehl waren einige Dutzend DFG-VK-Mitglieder dabei. Diese in 3-er Gruppen und ausgestattet mit den Handynummern der anderen über die Demo verteilt...

Wahrscheinlich wäre es klug gewesen, solche und weitere Fragen schon nach den Gewalttaten aus der Demo heraus im Rostocker Stadthafen anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vor zwei Jahren gründlich zu diskutieren und klare Entscheidungen zu treffen. Vielleicht wäre es dann gar nicht zu den „gruseligen“ Szenen in Straßburg gekommen? Spätestens aber jetzt sollte man das tun!

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. ZC

Augenzeugenbericht Kehl

Wir befanden uns an der Spitze des Ostermarsches, der von Kehl nach Straßburg führen sollte. Von der Demo-Leitung waren wir gebeten worden, darauf zu achten, dass es hier einigermaßen „geordnet“ zugeht und dass der lange Demonstrationszug von den offiziellen Transparenten angeführt wird. Das war keine einfache Aufgabe, da sich immer wieder andere mit ihren Transparenten und Fahnen nach vorne drängen wollten. Als unser friedlicher Marsch an der Rheinbrücke ankam, versperrten uns mehrere Ketten der deutschen Polizei den Weg. In der Nähe waren Wasserwerfer sowie weitere Polizei-Einheiten postiert. Das empfanden wir als eine bewusst gewollte massive Provokation, zumal uns das Passieren der Grenze zugesagt worden war. Eine Begründung für diese Sperrmaßnahme erfuhren wir nicht. Für uns war die hautnahe Konfrontation mit den Ordnungskräften eine recht schwierige Situation, zumal mehrere tausend DemonstrantInnen nachdrängten. Bei zuviel Druck von hinten hätten die behelmten und mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizisten sicher dagegen gehalten, und wir Vorderen hätten die Gewalt der Staatsmacht am meisten abbekommen. Zum Glück blieben die OstermarschiererInnen sehr ruhig und geduldig und warteten über zwei Stunden ab. Diese friedliche und gewaltfreie Haltung war schon sehr bewundernswert und hat letztendlich verhindert, dass die von der Polizeileitung bewusst herbeigeführte Provokation nicht auch noch gewaltsam eskaliert ist.

Sonnhild und Ulli Thiel, DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

Foto: Stefan Philipp

Was sind unsere Grundrechte (noch) wert?

Nichts, wenn wir sie nicht offensiv verteidigen/Von Monty Schädel

Auch für langjährige und erfahrene Demonstrations-Veranstalter und TeilnehmerInnen brachten Vorbereitung und Durchführung der Proteste gegen den Nato-Gipfel Anfang April in Baden-Baden, Kehl und Straßburg einige überraschende Entwicklungen und Ereignisse und neue Fragestellungen und Erkenntnisse.

In diesem Beitrag soll jedoch nicht von den gesetzwidrigen gewalttätigen Ausschreitungen der Polizei oder den nicht weniger abzulehnenden gewalttätigen Aktionen schwarz Gekleideter in Straßburg die Rede sein, sondern von einer neuen Realität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Denn die Ereignisse machten deutlich, dass es der Polizei und der politischen Führung nicht um die Absicherung des Regierungsgipfels ging, sondern um die Verhinderung der Proteste – mit Maßnahmen, die in anderen Zusammenhängen eher dem „Unrechtsstaat DDR“ oder anderen „demokratiefernen Regierungen“ oder Diktaturen zugeschrieben wurden/werden. Demokratische Grundrechte wurden zu einem Gnadenerlass degradiert.

Es wird einige geben, die aus Erfahrung sagen werden, dass das gar keine „neue Realität“ sei, sondern langjährige Praxis. Denen möchte ich gar nicht widersprechen, aber zu bedenken geben: Dieses war jetzt erstmals für einen größeren Kreis erlebbar. Für Menschen, die bisher ohne (größere) Schwierigkeiten demonstrieren konnten und eben nicht erleben mussten, dass

- man nicht zum Ort der Auftaktkundgebung gehen kann,
- die Demonstration ohne Grund von der Polizei angegriffen wird,
- auch so genannte polizeiliche „Konfliktmanager“ DemonstratInnen verbal oder tätlich angreifen und so zur Eskalation beitragen,
- die Auflagen nicht nur eine Kooperation mit der Polizei vorsehen, sondern auch,
- die maximale Größe von Transparenten limitiert ist („nicht länger als 3 Meter“),
- der Mindestabstand zur Polizei festgelegt ist („mindestens 1,50 Meter“),
- die Gesichtsfarbe vorgeschrieben ist („keine Schminke“),
- bestimmte Kleidung verboten ist (keine „Halstücher“ oder „Kapuzenpullover“),
- nur bestimmte Fahnenstangen be-

nutzt werden dürfen („2 Zentimeter im Durchmesser“, „Kantenlänge 2 Zentimeter“),
- das Mitführen von Spielzeug verboten ist (keine „Wasserspritzpistolen“),
- bestimmte Fortbewegungsarten untersagt sind („nicht laufen und sprinten“),
- jeder Zwergpinscher ein gefährlicher Kampfhund sein kann („keine Hunde“) ...

Damit wird das Demonstrieren nicht nur behindert oder eingeschränkt, sondern (fast) unmöglich gemacht, ein Grundrecht im Kern tangiert.

Nach diesem staatlichen Umgang mit dem legitimen Protest muss sich die Friedensbewegung insgesamt und natürlich auch die DFG-VK mit den undemokratischen Auswüchsen der Polizei und anderer staatlicher Stellen auseinandersetzen. Sie sollten den Schutz so zentraler Grundrechte wie das auf freie Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit aktiv betreiben. Die Beschneidung von Grundrechten und die Einschüchterung freier BürgerInnen durch massive Polizeipräsenz darf nicht normal sein oder werden. Wer Grundrechte einschränkt oder solches rechtfertigt, ebnet den Weg in diktatorische Verhältnisse! Die regierungsamtliche Einrichtung von „No-go-Zonen“, der Angriff von Demonstrationen ist undemokratisch und muss Protest hervorrufen.

Foto: Thomas Schuppi

Monty Schädel bei der Demonstration in Baden-Baden am 4. April beim Versuch, als Versammlungsleiter einen Streit mit der Polizei zu schlichten

Andererseits müssen sich Friedensbewegung und DFG-VK davor schützen, dass ihre Aktionen und Proteste durch andere diskreditiert werden. Die vereinbarten Aktionsformen, müssen auch in Zukunft unseren Zielen und damit gewaltfreien Ansprüchen gerecht werden. Gerade aber nach den Ereignissen von Straßburg reicht es dann offensichtlich nicht aus, einen Konsens mit allen an der Vorbereitung beteiligten Gruppen über den friedlichen Verlauf der gemeinsamen Proteste zu formulieren. Es muss intensiv auch darüber diskutiert werden, wie bündnisferne Strukturen effektiv aus den gemeinsamen Protesten heraus gehalten werden können. Nach den jetzigen Erfahrungen wird es dazu nicht reichen, dies lediglich schriftlich zu proklamieren oder während der Demonstration über einen Lautsprecherwagen (sollte er denn da sein) zu erklären. Für friedliche und gewaltfreie Demonstrationen bedarf es vielmehr auch aktiver DemonstrantInnen, die motiviert, geschlossen und selbstbewusst Verstößen gegen den Konsens der Vorbereitungen begegnen. Wer die Demonstrations-Vorbereitung und -leitung oder engagierte DemonstrantInnen in der Demosituation allein lässt („Ich habe damit nichts zu tun“), trägt mit dazu bei, wenn sich Demonstrationen von der geplanten und vorbereiteten Form entfernen.

Die Proteste in Baden-Baden, Kehl und Straßburg haben aus meiner Sicht deutlich gemacht, dass wir mit den althergebrachten Vorbereitungen friedenspolitischer Proteste an Grenzen gelangt sind. Sowohl durch das undemokratische Agieren der staatlichen Verwaltungen und der Polizei als auch durch die Geiselnahme friedlicher DemonstrantInnen durch gewalttätige Störer (fast nur Männer) sind andere Vorbereitungsformen dringend notwendig. Zusagen mitorganisierender politischer Spektren wie auch der Polizei müssen bis zum Ende der Proteste belastbar und verlässlich sein. Trotz der Erfahrungen bei den jüngsten Ereignissen plädiere ich zwar auch weiterhin dafür, möglichst frühzeitig mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen, sich der Grenzen dabei aber immer bewusst zu sein. Die Vertreter, die Behörden und Polizei in Vorgespräche schickt, sind in der Regel nicht dieselben, die auch den Einsatz führen (eventuell mit anderer Motivation). Vertreter nicht-gewaltfreier politischer Strömungen sprechen in der Regel nicht für alle Teile dieses politischen Bereiches. Dabei lehne ich es ab, mit diesen Strömungen und Behörden nicht zu reden. Nur wenn wir auch mit anderen politischen Spektren reden und versuchen, zu Vereinbarungen zu kommen, können wir gesellschaftliche Veränderungen in unserem Sinne erreichen. Deshalb versuchen wir, mit Politikern der die Bundeswehrkriege tragenden Parteien ins Gespräch zu kommen. Deshalb reden wir mit aktiven Soldaten (z.B. den Irak-Veteranen gegen den Krieg oder dem Darmstädter Signal). Deshalb fordern wir kriegführende Parteien auf, in Beratungen über die Beendigung von Feindschaften zu treten...

Gerade auch gewaltfreie Gruppen sind bei der Vorbereitung politischer Aktionen darauf angewiesen zu wissen, auf welche Reaktion der anderen, der staatlichen Seite man sich einstellen muss. Bei vielen Aktionen, seien es Blockaden, Entzäunungsaktionen oder auch Besetzungen, wurde das mit Kontakten zur Polizei im Vorfeld versucht. Doch was, wenn die Polizei gar nicht reden will? Was, wenn die Polizei zwar redet, sich dann aber nicht an Absprachen oder Zusagen hält? Was, wenn potenzielle BlockiererInnen sich auf einen öffentlichen Platz lediglich versammeln, ohne in der Nähe von Blockadezielen (Straßen, Häusern, Autos, Polizei) zu sein, und von der Polizei lange vor der Aktion und aus einer Entfernung von 200 Metern bereits mit Tränengas angegriffen werden? Was, wenn selbst ARD-Journalisten den Hinweis geben, dass die DemonstrantInnen „froh“ sein können, von Polizei „nicht wie in Algerien“ behandelt worden zu sein?

Es gibt in den nächsten Monaten also viel zu tun, denn die nächsten Proteste werden nicht lange auf sich warten lassen. Das Wichtigste jedoch ist: Wenn wir nicht bereit sind, unsere Grundrechte auch in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen, werden andere diese Rechte bis zur Unkenntlichkeit verunstalten.

Deshalb: Organisieren wir die nächsten Proteste gegen Krieg, Rassismus, Sozialabbau und für die Grundrechte auf Leben, Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Kriegsdienstverweigerung

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK und war einer der Hauptorganisatoren der Proteste gegen den Nato-Gipfel. ZC

Gewaltfreiheit ist möglich

Aktionen zivilen Ungehorsams in Straßburg/Von Andreas Speck

Während es am Nachmittag des 4. April in Straßburg zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einigen DemonstrantInnen – darunter wohl auch ProvokateurInnen – kam, fanden am Vormittag Aktionen zivilen Ungehorsams im Zentrums Straßburg statt, mit denen der reibungslose Ablauf des Nato-Gipfels zwar nicht verhindert, aber doch behindert werden konnte. Ziel von Block-Nato war es, so der Aufruf, „den Nato-Gipfel effektiv zu blockieren und zu stören, indem am Morgen des 4. April Tausende Menschen die Zufahrtswege zum Tagungsort in Straßburg besetzen und den Gipfel so von seiner Infrastruktur abschneiden".

Die Initiative Block-Nato war am 14./15. Februar auf der Aktionskonferenz gegen die Nato in Straßburg gegründet worden. Sie stellte einen lockeren Zusammenschluss mehrere Initiativen dar, die gemeinsam eine Blockade des Nato-Gipfels in Straßburg anstrebten, darunter insbesondere die Interventionistische Linke, Solid, die französischen Desobeissants (Ungehorsamen), sowie die internationale Koalition Nato-ZU. An Nato-ZU – ein Wortspiel, ZU steht für zivilen Ungehorsam – waren u.a. die War Resisters' International (WRI), die DFG-VK, die belgische WRI-Sektion Vredesactie, der Bund für Soziale Verteidigung, die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden, der Friedenskreis Halle und andere beteiligt.

Innerhalb von Block-Nato gab es die Absprache, dass es „verschiedene Blockadepunkte mit verschiedenen Aktions- und Ausdrucksformen geben [wird], die sich solidarisch aufeinander beziehen werden und nur gemeinsam erfolgreich sein können." Auf einem Vorbereitungstreffen in Straßburg am 7./8. März wurden konkrete Absprachen zu den Blockadepunkten getroffen: Die Interventionistische Linke und solid würden die Sicherheitszone um das Kongresszentrum von Süden her blockieren, während Nato-ZU den nordöstlichen Zugang blockieren würde. Während es für den Süden einen öffentlich angekündigten Treffpunkt gab, von dem aus es möglich sein sollte, auch noch am Tag der Blockaden dazuzustoßen, setzte Nato-ZU voll und ganz auf das Konzept autonom aber gemeinsam agierender Bezugsgruppen, und beschloss daher, dass ein öffentlicher Treffpunkt nicht in dieses Konzept passen würde.

Am 1. April fand dann initiiert von Nato-ZU ein Treffen zwischen Block-Nato und der Straßburger Polizei statt. Bei diesem Treffen stellte Block-Nato das gewaltfreie Aktionskonzept vor, ohne im Detail auf die verschiedenen Blockadepunkte einzugehen. An die Polizei wurde die Forderung herangetragen, die Gewaltfreiheit von Block-Nato zu respektieren und auch nur mit angemessenen Mitteln zu reagieren. Dies wurde von der Polizei jedoch nicht zugesagt. Im Gegenteil: Es wurde deutlich gemacht, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht geduldet würden und dass diese „nicht lange dauern" würden. Der Einsatz von Tränengas und anderen Mitteln wurde nicht ausgeschlossen. Auch wenn dieses Ergebnis nicht überraschte, so wurde es doch als wichtig eingeschätzt, dass es dieses Treffen gab.

Foto: Jolene Iguen Gondolinos

Im Camp hatten Block-Nato und Nato-ZU einen eigenen Bereich, in dem es Informationsveranstaltungen zu Block-Nato sowie täglich drei Trainingseinheiten gab. Dort konstitutierte sich auch der SprecherInnenrat von Nato-ZU, in den jede der an Nato-ZU beteiligten Bezugsgruppen eine/n SprecherIn entsandte. Und dort koordinierten die an Block-Nato beteiligten Initiativen auch ihren Polizeikontakt während der Aktion sowie den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Blockadepunkten, so dass es möglich war, einen Gesamtüberblick über die Aktion zu bekommen.

Während der SprecherInnenrat von Nato-ZU am Freitag entschied, dass alle Bezugsgruppen das Camp bereits am Freitag-Nachmittag oder -Abend verlassen würden, und die Nacht an verschiedenen Orten im Norden Straßburgs verbringen würden, war der Plan von solid und der Interventionistischen Linken, schon sehr früh am Morgen – gegen 3 Uhr – vom Camp in Richtung des Treffpunktes aufzubrechen. So bewegten sich dann ca. 1.000 Personen vom Camp aus in Richtung Innenstadt und wurden schon kurz nach Verlassen des Camps ohne jede Vorwarnung von der Polizei mit Tränengas beschossen. Das Konzept, sich nicht auf eine Eskalation einzulassen und eventuelle Polizeikontrollen zu umgehen, funktionierte jedoch: Die Gruppen zogen sich zurück und gelangten an der Polizei vorbei zu verschiedenen Blockadepunkten, wenn auch nicht unbedingt den geplanten.

Eine Blockade konnte in der Nähe des Place de la Republique, auf der Kreuzung der Avenue de la Paix und der Avenue des Vosges errichet werden, ein zweiter Blockadepunkt auf der Rue du Rhin. Beide Blockadepunkte wurden zu Anfang ebenfalls mit Tränengas beschossen, aber nicht geräumt. Nach einiger Zeit entspannte sich die Lage.

Die Bezugsgruppen von Nato-ZU hatten verabredet, dass jede Gruppe sich einen eigenen Weg zum verabredeten Blockadepunkt auf der Avenue Peres Mendes France suchen würde. Und so sah man kurz vor 7 Uhr in Schiltigheim zahlreiche kleine Grüppchen, die in Richtung Avenue Peres Mendes France unterwegs waren. Um Punkt 7 Uhr vereinigten sich diese Gruppen auf der vierspurigen Straße zu einer Blockade,

ohne der Polizei auch nur begegnet zu sein. Erst später tauchte dann Polizei auf, um die Lage zu erkunden, entschied sich aber, Abstand zu halten.

Die Wirkung der Blockaden ist schwer einzuschätzen. Bei der Nato-ZU-Blockade konnten einige deutlich als Delegationsfahrzeuge gekennzeichnete Autos beobachtet werden, die abdrehen mussten. Auch Delegationsmitglieder auf Fahrrädern wurden blockiert. Nach einem Bericht in der „Badener Zeitung" führten die Blockaden zur Umleitung des Konvois der Staats- und Regierungschefs und störten die JournalistInnen, die den Gipfel beobachten wollten.

Wichtiger ist aber, dass es möglich war, trotz eines massiven Polizeiaufgebotes drei Blockaden in der Innenstadt zu etablieren und auch bei Tränengasbeschuss die vereinbarte Gewaltfreiheit aufrecht zu erhalten. Dies trotz massiver gewaltsamer Eskalationen bereits im Vorfeld des Samstages, und der deutlichen Ankündigung der Polizei, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht geduldet werden würden.

Im Angesicht der Ereignisse des Nachmittages ist es noch wichtiger, diese erfolgreichen gewaltfreien Aktionen nicht zu vergessen. Es gab in Straßburg nicht nur Gewalt und eine sich im Chaos auflösende Demonstration (aufgrund massiver Polizeigewalt, aber auch von Gewalt aus den eigenen Reihen), sondern es gab auch gut vorbereitete und funktionierende gewaltfreie Aktionen, die bewiesen, dass gewaltfreier Protest möglich und wirksam ist.

Andreas Speck arbeitet bei den War Resisters' International in London und war einer der Koordinatoren der Aktionen zivilen Ungehorsams in Straßburg. Weitere Informationen zu diesen Aktionen sowie Auswertungsartikel sind im Internet zu finden: www.block-nato.org, www.nato-zu.de, http://wri-irg.org/de/node/6991

ZC

„Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken"

Interview mit dem Präsidenten des Internationalen Friedensbüros (IPB), Tomas Magnusson, und dessen Generalsekretär Colin Archer über die Anti-Nato-Proteste

Wieso hat das IPB die Anti-Nato-Proteste unterstützt?

Zunächst einmal haben wir ganz pragmatisch gesehen, dass an den Protesten eine Reihe unserer Mitgliedsorganisationen beteiligt waren. Die politische Begründung ist die Entwicklung der Nato im militaristischen System, in dem sie sich zunehmend als Hindernis einer weltweiten Friedensordnung darstellt. Wir betrachten die Nato als Werkzeug militärischer Gewaltanwendung unter Führung der USA, das die Vereinten Nationen und das Völkerrecht umgeht und auf allen Kontinenten Militärstützpunkte hat. Außerdem passten die Protestaktionen gut in unsere aktuelle Kampagne „Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung", in der die Rüstungsausgaben einen Schwerpunkt bilden. Die Nato-Staaten sind für 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich.

Was verursachte eurer Ansicht nach die Gewalteskalation in Straßburg?

Wir haben wir den friedlich Protestierenden gratuliert und sowohl die repressive Taktik der Polizei wie auch die sinnlose Gewalt des „Schwarzen Blocks" verurteilt. In unserer Erklärung heißt es: „Die Ereignisse des vergangenen Wochenendes zeigen deutlich, was falsch läuft, nicht nur in Bezug auf die Nato, sondern auch in den so genannten demokratischen Gesellschaften Europas: Während die Nato-Oberhäupter und die europäische politische Elite sich in exklusivem Stil gütlich taten und eine weitgehend kriecherische Presse fast wörtlich an ihren Lippen hing, wurde die Stadt unter Belagerung gestellt und ihre Bewohner ihrer Freiheiten und selbst der öffentlichen Transportmittel beraubt. Die Präsenz Tausender bewaffneter Polizisten sowohl im Stadtzentrum wie in den östlichen Stadtteilen, in denen die Demonstration stattfinden sollte, trug nur dazu bei, die Spannung zu erhöhen und jene zu provozieren, die sich auf die Anwendung von Gewalt vorbereitet hatten."

Kann man unsere Gesellschaften immer noch Demokratien nennen, wenn Protesten bei solchen Gipfelereignissen derart viele Hindernisse in den Weg gelegt werden?

Ja, aber wir könnten gezwungen sein, unsere Versammlungsorte sorgfältiger auszusuchen, vor allem bei Aktionen, die mit Gipfeltreffen auf Regierungsebene zusammenfallen. Ein Ausweg könnte darin bestehen, neue und innovative Protestformen zu finden, die dezentral ablaufen und nicht wie bisher Menschen anziehen, die unsern Grundwert der Gewaltfreiheit nicht teilen. Es gibt Tausende Möglichkeiten, in Demokratien – heute sogar in nicht-demokratischen Gesellschaften –, die eigene Stimme zu Gehör zu bringen, vor allem im Zeitalter des Internet, der Bürger-Journalisten und einer immer noch wachsenden Vielfalt von Organisationen und Projekten der Zivilgesellschaft. Problematisch ist, dass die Regierungen gelernt haben, diese Stimmen zu ignorieren, wenn sie entschlossen sind, ihre Politik durchzupeitschen. Das erzeugt Frustration und Zynismus. Der Abstand zwischen den Reichen und Mächtigen und denen am Fuß der Pyramide ist enorm, und das ist Treibsatz für Gewalt.

Was kann getan werden, um künftige Proteste effektiver zu machen und Gewaltanwendung vorzubeugen?

Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken, um unserem Grundrecht auf Protest sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es gibt Vieles zu verbessern und genug Anlass für kreatives Nachdenken. Beim G20-Gipfel in London hat z.B. die Benutzung mobiler Kameras die Wahrheit über die Brutalität der Polizei enthüllt. Sie könnte auch die Wahrheit über die Gewalt seitens der Protestierenden zeigen, was die andere Seite desselben Problems ist. Organisatoren solcher Demonstrationen könnten beispielsweise über große Transparente nachdenken, die deutlich verkünden „Das ist ein gewaltfreier Protest – also bitte keine Steine, kein Tränengas, keine Brandstiftung!"

Foto: Guido Grünewald

Thomas Magnusson (links) und Colin Archer (rechts) gemeinsam mit Göran von Bonnsdorf, Ehrenpräsident der Finnischen Friedensunion

Das Interview für die ZivilCourage führte Guido Grünewald, internationaler Sprecher der DFG-VK. ZC

Überschattet von der Gewalt bei der Demo

„Nein zur Nato"-Konferenz in Straßburg/Von Kai-Uwe Dosch

Es war der Erfolg der Konferenz am 3. und 5. April bei Straßburg, die Vielfältigkeit der europäischen Bewegungen unter der Einigkeit über das Ziel „Nein zur Nato!" zu versammeln. Quasi im Konzert mit Camp, Blockade und Demonstration sollte ihre Aufgabe darin bestehen, den Schwerpunkt auf Analyse und Strategie zu legen. Diese Anspruch wurde nur zum Teil Wirklichkeit, zum Teil blieb es bei bloßen Informationen und Diskussionen. Doch alles andere wäre keine realistische Erwartung gewesen. Denn erstens handelte es sich um ein äußerst breites Bündnis von verschiedensten Gruppierungen. Zweitens war die Konferenz geteilt in einen Tag vor und einen nach der großen Demonstration. Und drittens wurde sie neben einigen Podien von sehr vielen Workshops geprägt.

Das Geschehen wurde am Freitagvormittag eröffnet von einem längeren Podium unter der umfassenden Überschrift „60 Jahre Nato – 60 Jahre Bedrohung des Friedens in der Welt. Eine kritische Bewertung der Nato und der Nato-Strategien in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." Die Moderation übernahm Hannelore Tölke, die sich beim Ostermarsch Rhein/Ruhr und in der DFG-VK engagiert. Die Begrüßung oblag Lysiane Rolet von attac Frankreich und Reiner Braun von Ialana Deutschland, um die Transnationalität der Konferenz im Grenzgebiet zu unterstreichen.

Die eigentliche Diskussion wurde von drei Referaten bestimmt. Zunächst sprach Phyllis Bennis, Mitarbeiterin am „Transnational Institute" und am „Institute for Policy Studies" in Washington und Expertin für die US-Politik im Mittleren Osten. Sie forderte sie nicht nur eine vollständige Beendigung der militärischen Intervention im Irak, sondern auch eine Entschädigung hierfür. Sodann berichtete Jan Tamas von seinem Engagement (einschließlich Hungerstreik) gegen den Raketenabwehrschild in Tschechien im Besonderen und Militärbasen im Allgemeinen. Er meinte, dass diese Bewegung zum Sturz der Regierung in Tschechien beigetragen habe und auch in anderen Nato-Ländern dazu beitragen könne. Schließlich betonte Sophie Zafari von der französischen Bildungsgewerkschaft Fédération Syndicale Unitaire die Verbindung zwischen Militarismus und Kapitalismus.

Die beiden prominentesten ReferentInnen, die auf diesem Podium sprechen sollten, konnten jedoch leider nicht rechtzeitig am Tagungsort ankommen. Tariq Ali, der aus Pakistan stammt, hätte die realen Konflikte zwischen „dem Westen" und „dem Islam" thematisieren können. Und Bianca Jagger, die aus Nicaragua stammt, wäre für einen breiten Ansatz eingetreten, der Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz verbindet. An ihrer Stelle kam so Malalai Joya zu Wort, die 2005 als jüngste Frau ins afghanische Parlament gewählt wurde und 2007 von diesem wegen ihrer Kritik an anderen kriminellen und fundamentalistischen Parlamentariern ausgeschlossen wurde.

Foto: Elsa Rassbach

US-KDVer Matthis Chiroux und die afghanische Politikerin Malalai Joya

Nach dieser Eröffnung stand der Tag ganz im Zeichen von vielen parallelen Workshops, die in drei Zeitschienen durchgeführt wurden. Die DFG-VK hatte hier zwei Veranstaltungen direkt mitorganisiert. Bei dem Workshop „Widerstand gegen das Militär, Widerstand im Militär" ging es um Anti-Rekrutierung, Kriegsdienstverweigerung und Soldatenwiderstand sowie dessen Unterstützung in den USA und in Deutschland. Es referierten Matthis Chiroux von den US-amerikanischen Iraq Veterans against the War und Elsa Rassbach sowie Kai-Uwe Dosch von der DFG-VK. Die Diskussion drehte sich um die Frage, wie europäische bzw. deutsche Friedensbewegte US-Soldaten ansprechen und unterstützen können. Als Ideen für mögliche Antworten wurden u.a. Sticker, „GI Coffee Houses" und kommunales Asyl für Deserteure genannt. Der Workshop „Nato, Russland und die Osterweiterung" stellte eine Gesprächsrunde mit Teilnehmern aus Russland, Georgien, der Ukraine, Armenien, Rumänien und Deutschland dar, der von Hannelore Tölke moderiert wurde.

Am Sonntag waren dagegen keine Workshops, sondern nur noch Plena geplant, die jedoch etwas anders als gedacht verliefen. Alle Diskussionen standen unter dem starken Eindruck des Geschehens auf der Demonstration am Samstag. Das erste Podium unter der Überschrift „60 Jahre Nato sind mehr als genug. Nato abschaffen – für eine gerechte Welt ohne Krieg" sollte eine Zusammenfassung der Diskussionen vom Freitag und die Diskussion über verschiedene Ansätze für ein Welt ohne Nato bieten.

Abgesehen davon, ob dies realistisch gewesen wäre, sprach nur ein einziger der angekündigten ReferentInnen: Joseph Gerson, Leiter des Peace and Economic Security Programms der Quäker in den USA, schaffte es jedoch recht gut, den Bogen zu spannen von der Gewalt sowohl der Polizei als auch des Schwarzen Blocks in Straßburg zur Gewalt des Nato-Militärs im Irak, in Afghanistan und auch in Pakistan. Die PolitikerInnen Jean Ziegler aus der Schweiz, Anders Ferm aus Schweden und Lidia Menapace aus Italien wurden entschuldigt. An ihrer Stelle sprach Christiane Reymann (Die Linke, Deutschland) über die enge Verbindung von bewaffneter und

männlicher Gewalt, die sowohl bei Regierungen als auch bei Autonomen zu sehen sei.

Anschließend stellte Reiner Braun im Namen des internationalen Koordinierungsgremiums der Straßburger Protestaktivitäten deren Erklärung zum Vortag dar. Zwar verurteilte auch er die Gewalt des Schwarzen Blocks, doch betonte er die alleinige Verantwortung der Regierungen und vermied alle (Selbst-)Kritik der Demonstration. Den Schluss- und Höhepunkt des Vormittags bildeten die afghanische Politikerin und der US-amerikanische Kriegsdienstverweigerer Matthis Chiroux, die sich gegenseitig in einem äußerst bewegenden Augenblick als Zeichen der Versöhnung Friedenstauben ansteckten. Matthis entschuldigte sich bei Malalai für das, was er und das ganze US-Militär ihr und der afghanischen Bevölkerung angetan haben. Malalai verwies darauf, dass nicht Matthis, sondern seine Regierung sich bei ihnen beiden entschuldigen sollte.

Aus Zeitgründen wurden am Nachmittag das Podium zum Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen sowie die Anti-Kriegs-Versammlung zum Erfahrungsaustausch und zur Kampagnenplanung zusammengelegt. Moderiert wurde diese Veranstaltung von der britischen Politologin und CND-Vorsitzenden Kate Hudson sowie vom linken deutschen Europaabgeordneten und DFG-VK-Aktiven Tobias Pflüger. Hier gab es einige so genannte gesetzte Redebeiträge, vor allem von VertreterInnen von Gruppierungen aus dem Koordinierungsgremium, und dann eine offene Redeliste. So sprachen Wolfgang Gehrcke (Die Linke, Deutschland), Jean Marie Harribey (attac, Frankreich), Petros Constantion (Stop the War Coalition, Griechenland) und John Rees (Stop the War Coalition, Großbritannien).

Vor allem die beiden Vertreter der Stop the War Coalition rechtfertigten das Verhalten des Schwarzen Blocks, der griechische Redner forderte sogar „unbedingte Solidarität mit dem Widerstand in Gaza“. Dagegen riefen einige Aktive zur Gewaltfreiheit auf. Besonderen Beifall erhielten Mitglieder der Friedensbewegung aus Japan, Georgien und der Ukraine. Denn: „Es ist sicher leichter und wichtiger, den Nato-Eintritt zu verhindern als den Austritt durchzusetzen.“

Neben den erwarteten kleineren Problemen bei einer solchen transnationalen Konferenz bleiben Kritikpunkte an der Organisation bestehen: Erstens ist es peinlicher, Prominente wie Bianca Jagger oder Jean Ziegler erst anzukündigen und dann zu entschuldigen, als gleich auf sie zu verzichten und die reden zu lassen, die Wichtigeres zu sagen haben. Zweitens ist es fraglich, warum die antimilitaristische **und** pazifistische Bewegung ein Bündnis mit Partnern benötigt, die ihren Grundsatz der Gewaltfreiheit wenn nicht aus strategischen, dann wenigstens aus taktischen Gründen teilt.

Kai-Uwe Dosch ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

ZC

Eine Welt ohne Nato

... wäre auch nicht besser/Von Tommy Rödl

„Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden...“ (aus dem Aufruf „Nein zum Krieg – nein zur Nato“)

Die Nato ist ein Bündnis von Staaten bzw. Regierungen, kein eigenständiges Wesen. Die Nato tut nichts, was die Regierungen der Mitgliedsstaaten nicht auch tun wollen. (Abgesehen davon, dass schwächere Staaten in der Nato nicht umhin können, das zu tun, was „die Großen“ wollen; aber sie sind ja freiwillig dabei). Die Personifizierung der Nato lenkt ab von der Verantwortlichkeit der Parteien und Interessengruppen innerhalb der Mitgliedsstaaten, die eine bestimmte Politik wollen, z.B. die Zerschlagung Jugoslawiens, die Expansion der Nato nach Osten, den Einmarsch in Afghanistan usw. „Die Nato“ für Kriege, Kriegspolitik, Aufrüstung und Militarisierung verantwortlich zu machen, lenkt ab von der Verantwortung der deutschen Politik bzw. der deutschen Parteien, die eine offensive militärische Außenpolitik wollen und dies in der Nato durchsetzen. Deutschland ist nicht unschuldiges Opfer einer „Nato“, sondern treibende Kraft in dieser Organisation.

Kern der „nordatlantischen Verteidigungsorganisation“ ist der Artikel 5, die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand bei einem Angriff auf das Territorium der Vertragsstaaten. Die Nato war das wichtigste Instrument der USA, um ihre Machtposition in Europa abzusichern und den sozialistischen Machtblock einzudämmen und zurückzudrängen. „Roll Back“ war das eigentliche Konzept, das ist mehr als Verteidigung. Über die politischen und militärischen Strukturen der Nato ist das Oberkommando der USA fixiert.

Die Nato war und ist das Bündnis der reichen Staaten des Nordens mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung zu Absicherung ihrer globalen Machtpositionen. Das Bündnis richtete sich gegen den gemeinsamen Gegner „im Osten“ und ermöglichte den ehemaligen europäischen Kolonialmächten sowie der neuen Supermacht USA, ihre weltweiten wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen „im Süden“, d.h. in Afrika, Nahost und Asien bzw. in Lateinamerika und im pazifischen Raum weiter zu verfolgen. Das bedeutete die Unterstützung von kapitalismusfreundlichen, teils korrupten und teils diktatorischen Regimes, die Verhinderung bzw. die Beseitigung von sozialistischen Regimes mit politischen, ökonomischen oder geheimdienstlichen Methoden, mit Waffenlieferungen und Militärausbildung oder auch mit Interventionskriegen.

Häufig wird von der „Neuen Nato“ gesprochen, ohne diese globale machtpolitische Komponente der „Alten Nato“ zu sehen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und der WVO (Warschauer Vertragsorganisation) hätte sich die Nato auflösen müssen. An die Stelle der beiden Militärblöcke hätte die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ treten können.

Die Bombardierung Jugoslawiens zur Beseitigung des Regimes und zur „Integration“ Restjugoslawiens in den kapitalistischen europäischen Wirt-

schaftsraum war die Machtdemonstration der „Neuen Nato“. Sie wurde damit offensiv, ohne Mandat der Uno und gegen den Willen der Vetomächte Russland und China eingesetzt. Die Nato hat sich faktisch über die Uno gestellt und behält sich das Recht vor, überall dort zu intervenieren, wo die Nato-Regierungen es für richtig halten

Mit der Ausdehnung der Nato und der Ausweitung ihrer Aufgaben sind aber auch die Widersprüche zwischen den Nato-Staaten gewachsen. Nach den Anschlägen vom September 2001 wurde zwar der Bündnisfall ausgerufen. Die USA führten den Krieg gegen Afghanistan aber alleine bzw. später mit einer „Koalition der Willigen“ ohne Mitwirkung der Nato. Teile der Mitgliedsstaaten unterstützten den Krieg der USA gegen den Irak nicht. „Alte Europäer“ und „neue Europäer“ vertreten unterschiedliche Interessen.

Das zeigt sich auch im Umgang mit dem Atomwaffenprogramm des Iran, mit dem Projekt der Raketenabwehr und jüngst in den Reaktionen auf den Krieg zwischen Georgien und Russland. Die neuen Nato-Staaten in der Nachbarschaft Russlands (bzw. die Parteien und Eliten, die jetzt dort an der Macht sind) haben andere historische Erfahrungen mit Russland bzw. der Sowjetunion gemacht und betonen die Frontstellung gegen Russland. Frankreich und Deutschland betonen die Wichtigkeit guter Beziehungen (mit graduellen Unterschieden zwischen den hiesigen Parteien). Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten – Rohstoffe und Exporte – liegen auf der Hand.

Die Widersprüche zeigen sich weiter in der Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung des Kosovo und in der Frage der weiteren Expansion der Nato. Sarkozy-Frankreich ist nicht in die Militärstruktur (= Unterordnung unter einen US- Befehlshaber) der Nato zurückgekehrt, um den USA in den Hintern zu kriechen, sondern um innerhalb dieser Strukturen seine Interessen effektiver vertreten zu können. Daher will die Nato bei zukünftigen Interventionskriegen vom Konsensprinzip abweichen – mitreden soll nur noch der, der sich an Interventionen beteiligt.

Im Grundlagenvertrag für die EU verpflichten sich die Vertragsstaaten, ihre militärische Stärke auszubauen. Militärische Kommandostrukturen, eine Rüstungsagentur und eine gemeinsame Eingreiftruppe werden aufgebaut. Damit werden die Weichen gestellt für eine europäische Militärmacht, die unabhängig von den Strukturen der Nato und ohne Kontrolle durch die USA eingesetzt werden kann.

Eine eigenständige „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ wurde jahrzehntelang gefordert. Die Diskussionen zwischen „Atlantikern“ (= USA-Freunde) und „Europäern“ wurden alle Jahre auf der Sicherheitskonferenz in München geführt. Eine europäische Rüstungsindustrie, die in allen wesentlichen Bereichen von Technologie und Know-how der USA unabhängig und mit der US-Rüstungsindustrie technisch konkurrenzfähig ist, wurde in den letzten Jahrzehnten aufgebaut (z.B. der Konzern EADS).

Die Bestrebungen nach politischer, ökonomischer und militärischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den USA werden versteckt hinter den rituellen Beschwörungen von Treue und Freundschaft mit den USA.

Die BRD hat unter dem Deckmantel der Einordnung in die Nato systematisch die eigenen militärischen Fähigkeiten (und die zugehörige Rüstungsindustrie) aufgebaut, eigene Atomwaffen gefordert, gegen den Atomwaffensperrvertrag opponiert und kräftig zur Weiterverbreitung von Atomwaffen-Know-how beigetragen.

Offensichtlich sehen Teile der europäischen Eliten ihre Interessen in der Konkurrenz um Rohstoffe und Märkte nicht im Einklang mit den Interessen der US-Konzerne und ihrer Marionetten.

Eine größer werdende Nato wird Schwierigkeiten haben, einen Konsens über offensive Aktionen herzustellen. Das große Gerede über eine „neue Strategie“ darf darüber nicht hinwegtäuschen, das haben wir vor 10 Jahren auch schon gehört. Es war der US-Präsident Bush, der die Nato durch seine Alleingänge am effektivsten beschädigt hat. Vielleicht wird die Nato ja auch zu einem politischen Forum, in dem Amerikaner und Europäer ihre Interessen abstimmen?

Was „die Nato“ in Zukunft wird, hängt ab von der Politik der Regierungen, und nicht zuletzt davon, wie weit die Friedensbewegungen der Mitgliedsstaaten der Nato militärische Politik verhindern können.

Richtige Demo, schlechter Aufruf: Eine Demonstration bzw. eine große Kundgebung für Frieden und Abrüstung aus Anlass der 60-Jahres-Jubelfeier der Nato-Staaten ist richtig und notwendig. Doch es müsste eine Demonstration für Frieden, Gerechtigkeit und weltweite Abrüstung sein!

Das schwächste an dieser notwendigen Veranstaltung ist vermutlich der Aufruf „Nein zum Krieg, Nein zur Nato“, den neben der DFG-VK das Netzwerk Friedenskooperative, der Kasseler Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und damit die namhaften Dachorganisationen der deutschen Friedensbewegung unterstützen.

In diesem findet sich diese Personalisierung der Nato, viele richtige Kritik an den Kriegen der Nato-Staaten, viele richtige Aussagen, aber leider keine Ansätze einer Analyse der Nato, keine klare Aussage, was aus all der Kritik an „der Nato“ folgt und keine politischen Handlungsperspektiven.

„Nein zur Nato“, „Eine Welt ohne Nato ist nötig“ – was bedeutet das? Fordert die Demo die Auflösung der Nato? Fordern wir die Kündigung des Nato-Vertrags durch die BRD? Hat die Friedensbewegung vor, diese Auflösung bzw. Kündigung dann auch politisch weiter zu verfolgen und Konzepte zu entwickeln, wie diese Auflösung durchzusetzen sei? Oder ist das alles in ein paar Monaten wieder vergessen?

Im Aufruf steht: „Das Ende der Nato wäre ein Schritt zu einer friedlichen Welt!“ Hier muss ich leider widersprechen. Der Angriff der USA und einer jeweiligen Koalition auf Irak und Afghanistan erfolgte ohne relevante Mitwirkung der Nato. Eine Welt ohne Nato (als Organisation) wäre weiterhin hochgerüstet und kriegerisch, Dutzende regionale Kriege würden weiter geführt werden, die USA als globale Macht könnte weiterhin überall eingreifen. Regionale Mächte wie Israel, China, Russland oder Indien können weiter ihre Kriege führen. Was wäre gewonnen? Nichts!

Die Forderung nach Auflösung der Nato ist keine hinreichende Forderung. Zumindest müsste die Forderung nach weltweiter, allgemeiner und vollständiger Abrüstung dazu kommen.

Ist die Forderung nach Auflösung der Nato auch eine notwendige Forderung?

Nein. Politischer Widerstand gegen Militärinterventionen (z.B. in Spanien gegen die Beteiligung Spaniens im Irak), Abrüstungsschritte der Mitgliedsstaaten, Kürzung der Rüstungsausgaben, Schaffung von politischen und parlamentarischen Mehrheiten gegen offensi-

ve Militäraktionen, Schaffung von atomwaffenfreien Zonen usw. usf. könnten eine Nato dahin bringen, wo sie einst war: Ein Bündnis, das sich auf die kollektive Verteidigung vorbereitet in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen (und jeder Staat, der das Potenzial dazu hat, seine Kriege auf eigene Faust führt, im Widerspruch zur Charta). Das war auch keine schöne Welt, aber es gab und gibt die Möglichkeit für Friedenspolitik in dieser Welt, unabhängig von der Existenz der Nato.

„Nein zum Krieg – Nein zur Nato – Militär abschaffen" wäre eine sinnvolle Losung, eine notwendige Forderung. Wie machen wir das? Die Bundeswehr verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, Rüstungshaushalt senken, die Atomwaffen aus Deutschland beseitigen als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt, Rüstungsexporte stoppen, zivile Konfliktbearbeitung aufbauen... Zusammenfassend: Schritte zur Abrüstung durchsetzen.

Das kommt dem geneigten Leser vielleicht bekannt vor, vielleicht sagen die Verfasser des Aufrufs, das sei doch selbstverständlich? Meines Erachtens gehört diese politische Perspektive in so einem Aufruf formuliert und ausdrücklich „unsere" Regierung, der deutsche Bundestag als Adressat genannt. Darin liegt unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, hier für eine andere Politik zu arbeiten – in dem Bewusstsein, dass in allen anderen Staaten der Nato Menschen bzw. Friedensorganisationen ebenfalls für diese Ziele arbeiten.

Eine personifizierte, mystifizierte Nato als Ursache und Quelle der Kriegspolitik aufzubauen, ist politischer Blödsinn. „Die Nato" ist kein Adressat für politische Forderungen.

„Militär abschaffen", „Bundeswehr abschaffen" – „das ist doch unrealistisch, dafür gibt es doch keine Mehrheiten in der Bevölkerung"... Wie oft habe ich das gehört, als wir noch „BRD ohne Armee" gefordert haben. (Nach wie vor eine programmatische Forderung der DFG-VK! Die Kampagne Schritte zur Abrüstung wurde von mir so konzipiert, dass die Abrüstungsschritte einst zur Abschaffung der Bundeswehr führen sollen). Also eins gemerkt: Unrealistische Forderungen darf man nicht aufstellen.

Wird es für die Forderung nach Abschaffung der Nato politische Mehrheiten in Deutschland geben? Unwahrscheinlich nach allen bekannten Meinungsumfragen. Also ist doch die „Abschaffung der Nato" unrealistisch. Wieder eins gelernt: Es hängt wohl davon ab, wer eine Forderung vertritt.

Aber für die genannten Schritte zur Abrüstung – Atomwaffen abziehen, Wehrpflicht abschaffen, Rüstungshaushalt senken – gibt es Mehrheiten. Was ist also ein realistischer Politikansatz?

Selbstverständlich wäre es möglich, konkrete und auch positive Perspektiven mit dem Protest gegen die Politik der Nato-Staaten zu verbinden.

Es gibt einen internationalen Appell – bei einem Treffen Anfang Oktober letzten Jahres in Stuttgart verabschiedet –, der zwar auch die Schlagzeile trägt „Nein zum Krieg – Nein zur Nato". Darin heißt es: „Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab. ... Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren. ... Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen."

Na also, geht doch. Hier sind konkrete Forderungen der Schritte-zur-Abrüstung-Kampagne enthalten. Sätze dieser Art hätte ich gerne in dem Aufruf gelesen, den die DFG-VK verbreitet hat.

Der erstgenannte Aufruf wurde dem Bundesausschuss der DFG-VK zum Abnicken vorgelegt – da war er längst verkündet und verbreitet, eine Diskussion fand nicht statt. Es gibt kein politisches Konzept hinter der Anti-Nato-Rhetorik. Mal wieder eine große Demo – das ist alles. Der zuletzt zitierte Aufruf zeigt, dass eine Verbindung zur Schritte-zur-Abrüstung-Kampagne möglich wäre. Immerhin wurde in der zweiten Auflage des DFG-VK-Mobilisierungsfaltblatts ausführlicher auf DFG-VK-Politik hingewiesen. Aus der Diskussion heraus habe ich ein Faltblatt entwickelt, das demnächst erscheint: „Die Nato überwinden – Schritte zur Abrüstung gehen" (Bezug über www.schritte-zur-abruestung.de)

Tommy Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern und Kampagnenbeauftragter der DFG-VK.

ZC

DFG-VK

Bundesweites KDV-Seminar der DFG-VK für KDV-BeraterInnen und am Thema Kriegsdienstverweigerung Interessierte

Termin: **Samstag, 13. Juni, 11:30 – 17:00 Uhr**
Ort: **Frankfurt am Main, Ökohaus, Kasseler Straße 1A** (3 Gehminuten entfernt von der S-Bahn-Station Frankfurt-West)

Über Grundsätze und Ziele ist sich die DFG-VK bezüglich des Themas Kriegsdienstverweigerung einig: Das Recht auf KDV ist ein Menschenrecht und muss national wie international ohne Einschränkung gelten. Und: Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur vollen Geltung des KDV-Rechts ist in Deutschland und international die Abschaffung aller Militär- und Zwangsverpflichtungen zum Kriegsdienst. Was heißt das aber für konkrete KDV-Politik der DFG-VK? Während die Einen mit der mangelnden „Wehrgerechtigkeit" (die das Bundesverfassungsgericht als Voraussetzung für die Wehrpflicht fordert) argumentiert, lehnen die Anderen eine solche Argumentation ab, weil die DFG-VK auch dann gegen die Wehrpflicht sein müsste, wenn sie nach formalen Kriterien „gerecht" durchgeführt würde. Während die Einen Kriegsdienstverweigerer so beraten, dass sie nach Artikel 4 Abs. 3 Grundgesetz staatlich anerkannt werden (mit der Folge, dass sie den Zivildienst als Teil der Wehrpflicht ableisten müssen), lehnen andere jeden Ersatzdienst ab, setzen sich für Totale Kriegsdienstverweigerer ein und beraten auch in Richtung der legalen Vermeidung aller Kriegs- und Zwangsdienste.

Bei dem Seminar soll es darum gehen, unterschiedliche Positionen mit einander ins Gespräch zu bringen und zu überlegen, wie eine „konsistente" DFG-VK-Strategie aussehen könnte.

Programm:

1. Aktuelles aus dem KDV-Bereich: KDV-Zahlen 2009; Bericht über die KDV-Beraterschulung der Zentralstelle KDV
2. Grundsätzliche Überlegungen zu Selbstverständnis, Ziel und Methodik der KDV-Beratung. Diskussion über den Artikel von Michael Hofferbert in „Forum Pazifismus 4/08". (Kann in der BGS angefordert werden; auch abrufbar unter: www.forum-pazifismus.de/Download/FP-20-Hofferbert.PDF)
3. Totale Kriegsdienstverweigerung. Bericht vom (zeitgleich stattfindenden) TKDV-Treffen in Frankfurt (Referent ist angefragt)

Anmeldung bitte bis spätestens 10. Juni an die
DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt
Telefon 069-27298231
Telefax 069-27298232
eMail kdv-seminar@dfg-vk.de

„Killerspiele“ verbieten?

Eine differenziertere Betrachtung/Von Tina Kemler und Harald Gewehr

Nach dem Amoklauf eines 17-Jährigen im baden-württembergischen Winnenden mit 16 Toten nahm wieder jeder, der sich berufen fühlte, Stellung in der Debatte über das Verbot so genannter gewaltverherrlichender Computerspiele. Müssen PazifistInnen nicht sofort in die Forderung nach einem Verbot dieser brutalen Spiele einstimmen?

Auf den ersten Blick scheint dies plausibel. Hat der Amokläufer Tim K. nicht auch gewaltverherrlichende Computerspiele gespielt? Haben nicht Sachbeschädigung und Gewaltkriminalität von Jugendlichen zugenommen? Ja, alles richtig. Deshalb Verbote fordern? Nein, wir halten dies für überflüssig und falsch.

Es ist belegt, dass sich Computerspiele dafür eignen, reale Tätigkeiten zu trainieren. Mit so genannten Ego-Shootern können Reaktion und Konzentration und sogar das Kontrastempfinden trainiert werden. Eine Erhöhung der Kontrastempfindlichkeit ist beispielsweise

nützlich beim Autofahren unter schwierigen Bedingungen, z.B. nachts oder im Nebel. Nicht grundlos arbeitet aber auch das Militär zum Training mit Computerspielen. Bei Soldaten ist eine eine schnelle Hand-Auge-Koordination hilfreich bei der Ausübung ihrer mörderischen Arbeit.

Als gesichert kann ebenfalls gelten, dass exzessives Computerspiel negative Folgen haben kann: Gerade schnelle und actionreiche Spiele können bei ausgiebigem Spiel zu Konzentrationsschwäche, Schlafstörungen, Angst, Übelkeit und Sucht führen. *(http://de.wikipedia.org/wiki/Computerspiel)*

Bei der Frage jedoch, ob es einen Zusammenhang zwischen Gewaltdarstellungen und Aggressivität gibt, scheiden sich die (wissenschaftlichen) Geister.

Während die einen davon ausgehen dass „längst (...) wissenschaftlich nachgewiesen (ist), dass Mediengewalt und vor allem Killerspiele verheerende Wirkungen insbesondere auf Kinder und Jugendliche haben“, so der „Kölner Aufruf gegen Computergewalt“, sind andere der Meinung, dass Studien mit diesem Ergebnis „von politischem Opportunismus bestimmt“ seien. *(www.nrhz.de/flyer/media/13254/Aufruf_gegen_Computergewalt.pdf; www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29958/1.html)*

Wir sind keine Wissenschaftler, haben uns jedoch schon geraume Zeit – als betroffene Mutter oder im Rahmen einer Diplomarbeit, aus Interesse und aus Vorsicht gegenüber jeder Art von Zensur – mit dem Thema auseinandergesetzt und sind der Meinung, dass jedwede absolute Aussage zu diesem Thema nur falsch sein kann.

Dass in diesem komplexen System, das sich unser Hirn nennt, „irgendwas“ passiert, wenn wir uns mit „irgendetwas“ beschäftigen ist klar. Forscher, die in unseren Hirnen lesen können wie in Büchern, gibt es aber – zum Glück – noch nicht.

Kritisch finden wir einige Formulierungen im „Kölner Aufruf gegen Computergewalt“. Dessen Intention ist sicher gut, die Richtigkeit mancher Aussagen zweifeln wir aber an. Schon im zweiten Satz wird über Jugendliche und junge Erwachsene behauptet: „Sie demütigen, foltern, verstümmeln, zerstückeln, erschießen und zersägen Menschen an ihren Bildschirmen.“ Das ist falsch. Ein Element von Spielen beinhaltet gerade, dass während des Spiels nicht das gewöhnliche Leben stattfindet. Wir sind uns sicher, dass auch Computerspieler wissen, dass keine Menschen während des Spiels zu Schaden kommen.

Das in den letzten Wochen wieder oft erwähnte Spiel „Counterstrike“ ist ein Gruppenspiel. Letztlich hat es durchaus Ähnlichkeit mit Cowboy- und Indianerspielen, die viele von uns in der Kindheit gespielt haben und bei denen oft Freunde real gefesselt wurden. Ist nicht Spielen eine ungefährliche Art, sich mit der Welt auseinander zu setzen und sie zu ergründen?

Der Kölner Aufruf behauptet weiter: „Je brutaler die Spiele sind und je mehr Zeit die Kinder damit vergeuden, desto schlechter sind die Schulleistungen.“ Dies kann durchaus richtig sein. Allerdings suggeriert dieser Satz ein Ursache-Wirkungs-Prinzip, welches sich unseres Erachtens nicht nachweisen lässt. Schon zu allen Zeiten reagierten Menschen auf Überforderungen mit Flucht. Ein Wesen des Spielens ist das Flüchten in eine andere Welt für einen begrenzten Zeitraum.

Wenn es heißt, und wir zitieren hier wieder den so genannten Kölner Aufruf, dass „5-, 15- und 25-Jährige heute Stunden, Tage und Nächte vor Computern und Spielekonsolen“ sitzen, fragen wir nach dem Wahrheitsgehalt dieser Aussage und nach deren Intention. Eine Fachstudie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest ergab, dass 50 Prozent der untersuchten Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 19 Jahren ca. 1 bis 3 Stunden pro Tag am Computer sitzen, 20 Prozent weniger und 30 mehr. (JIM-Studie 2007 – Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger: *www.mpfs.de/index.php?id=110*)

Auf die Frage, was die Kinder und Jugendlichen am Rechner machen, wenn sie nicht im Internet sind, antworteten 56 Prozent der Mädchen und 51 der Jungen, dass sie für die Schule arbeiten. 50 Prozent der männlichen Jugendlichen

gaben an, dass sie sich täglich oder zumindest mehrmals in der Woche auch mit Computerspielen beschäftigen. Für weibliche Nutzerinnen steht dies nach „Texte schreiben“ und „Musik zusammenstellen“ mit 17 Prozent erst an vierter Stelle.

Befragt nach Themeninteressen, antworten die Jugendlichen geschlechtsunabhängig an erster Stelle mit „Liebe, Freundschaft“, gefolgt von Musik, Ausbildung, Beruf und Sport. Erst an fünfter Stelle kommt das Internet, dann Computer und alles, was damit zu tun hat. Irgendwo zwischen „Handy“, „Schule“ und „Kino“, noch hinter den Themen „Gesundheit/Medizin“ und in etwa ranggleich mit dem Thema „Umweltschutz“, werden Computerspiele genannt.

Insgesamt haben sich also die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den letzten Jahren gar nicht so sehr verändert. Sich mit FreundInnen zu treffen und einen regen Austausch zu haben steht immer noch an erster Stelle der Prioritätenliste. Dass dies heute auch neue Medien einschließt wie Handys, Instant-Messenger und Chat ist ein Ausdruck gewachsener Medienkompetenz. Insgesamt ist die Zeit der Computernutzung von Kindern und Jugendlichen immer noch im Steigen begriffen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine „Konversion“ von Medien stattfindet. Während Fernsehen und Radio zwar noch immer wichtige Informations- und Unterhaltungsquellen sind, wird die Benutzung dieser Geräte aber mehr und mehr durch Computer und das Internet ersetzt. Statt bei MTV werden Clips auf Youtube betrachtet und Lieblingssongs bei den entsprechenden Spartensendern der Internetradios mitgeschnitten.

Aber viele weitere Fragen werden in der Regel überhaupt nicht angesprochen: Was macht kriegerische Computerspiele so attraktiv? Welche Funktionen übernehmen Computerspiele bei Heranwachsenden? Warum steigt die Gewaltkriminalitätsrate bei Jugendlichen, wobei die Kriminalitätsrate von Jugendlichen insgesamt gesunken ist? Wäre Gewaltkriminalität bei Jugendlichen in unserer Gesellschaft geringer, wenn gewaltverherrlichende Computerspiele verboten wären?

Auf all diese Fragen wissen wir keine fundierte Antwort. Das Nachdenken darüber wäre aber wichtiger als vorschnelle Rufe nach Verboten.

„Derzeit laufen Beschlussanträge im Bundestag, die Computerspiele zum ‚Kulturgut‘ erklären wollen. Gelten Gewaltspiele als ‚Kunst‘, kann damit aber der Jugendschutz ausgehebelt werden“, heißt es im erwähnten Kölner Aufruf. Nein, wieso sollte damit der Jugendschutz ausgehebelt werden? Bücher gelten als Kulturgut, damit wird nicht jedes Buch zur Kunst. Die schöpferische Leistung vieler Computerspiele ist beeindruckend. Schließlich finden sich in Computerspielen viele weitere Kulturgüter wie Schrift, Grafik, Musik usw., die auf neue Art zusammengefügt werden.

Was bei dieser Aussage ebenfalls vergessen wird, ist, dass es gesetzliche Bestimmungen gibt, die Kinder und Jugendliche vor Inhalten schützen sollen, die nicht für sie bestimmt sind. Die polemische Frage sei erlaubt, wer denn über die einzuhaltende Ordnung in Kinder- und Jugendzimmern wacht? Was aber in den „Köpfen und Herzen“ der Kinder- und Jugendlichen passiert, scheint oftmals zweitrangig zu sein.

Was in Winnenden passiert ist, ist „unfassbar“. Niemand, der nicht zutiefst darüber entsetzt wäre. Schnelle Verbote und polemisierende „Experten“, die wir seitdem täglich in der Presse zu lesen und im Fernsehen zu sehen bekommen, nützen unserer Ansicht nach gar nichts. Nicht den Freunden und Angehörigen der Opfer und auch nicht Kindern und Jugendlichen, die sich in einer ähnlich ausweglosen Situation sehen wie der Amokläufer Tim K. Es ist für uns schlicht nicht vorstellbar, dass ein Jugendlicher eine solche Tat begeht, ohne einem enormen psychischen Druck ausgesetzt zu sein. Ein Amoklauf mit Selbsttötung ist unserer Meinung nach immer ein letztes Mittel. Mit „Spielen“ hat das nicht zu tun.

Wir haben uns für diesen Artikel, wir geben es zu, viel im Internet „herumgetrieben“, auch in der so genannten „Gamer-Szene“. Auf *www.gefuehlskonserve.de* schlägt der User „Deef“ aus Pirmasens einen offenen Brief an Medien, Politik und Eltern zur „Killerspiel“-Dabatte vor, weil er der Meinung ist, dass Fans von Videospielen kaum zu Wort kämen. Er schreibt: „Den Fans von Videospielen geht es wie vielen anderen, die die Debatte, die in der Folge des Massenmords von Winnenden losgetreten wurde, verfolgen: Sie sind fassungslos und verärgert. Fassungslos hinsichtlich dem Leid, welches ein scheinbar ganz normaler Jugendlicher mit der Pistole seines Vaters angerichtet hat. Verärgert darüber, wie nun versucht wird, diese Wahnsinnstat unter anderem damit zu erklären, dass Videospiele Jugendliche zu Killern machten. Neue Medien gelten als suspekt. Das ist nicht nur bei Videospielen oder dem Internet so, sondern galt früher auch fürs Fernsehen, Film, Micky-Maus-Hefte und Büchern. Angeblich hat schon Goethes ‚Die Leiden des jungen Werther‘ reihenweise junge Männer in den Selbstmord getrieben.“ Und er formuliert weiter: „Bei genauem Hinsehen werden Sie, verehrte Journalisten, feststellen, dass es eine breite Palette an Psychologen, Medienpädagogen und Erziehungswissenschaftlern gibt, die nicht durch die Talkshows tingelt, keine lauten Verbotsschreie von sich gibt, sondern zur Differenzierung auffordert. Die journalistische Sorgfaltspflicht gebietet Ihnen, ihre Recherche vorurteilsfrei und ergebnisoffen zu gestalten und in Konflikten beide Seiten darzustellen.“

Diesen Hinweis, gerade an Journalisten halten, wir für absolut legitim und wichtig, prägen diese doch – auch durch ihr angebliches Wissen – einen großen Teil unserer Wahrnehmung.

Wir sind der Meinung, wer den Unterschied zwischen „World of Warcraft“ und „Counterstrike“ nicht kennt, wer ein Adventure nicht von einem Ego-Shooter unterscheiden kann, darf sich gerne aufregen, sich jedoch nicht als Experte bezeichnen.

Eine unserer Meinung nach gefährliche Tendenz, die großer Aufmerksamkeit bedarf, ist, dass zur Werbung und Rekrutierung für Kriegsdienste und Kriegseinsätze die Computerspieleindustrie, das Militär, Waffenproduzenten und die Waffenlobby zusammenarbeiten. Das sind Skandale, die leider viel zu selten publiziert werden. Wir kritisieren, wenn Spiele ausschließlich gewaltsame und tradierte geschlechtsspezifische Problemlösungsstrategien anbieten und keine Alternativen zulassen.

Schließen wollen wir mit einem Gedanken, den wir auch irgendwo in einem Spielerforum in den Weiten des Worldwide Web gefunden haben und den wir zutiefst teilen: Heute dürfen 17-Jährige gewisse Spiele nicht spielen, was auch gut so ist. Morgen jedoch, werden sie zum Kriegsdienst gezwungen und müssen lernen, wie man Menschen umbringt. Wie verlogen, böse und zutiefst verabscheuenswürdig ist das denn?

Tina Kemler und Harald Gewehr sind aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mainz.

Ein sechzigjähriger Krieg

Friedenspolitische Anmerkungen zur Situation im Nahen Osten nach dem Amtsantritt der neuen israelischen Regierung/Von Gerd Greune

Der Nahostkonflikt geht ins siebte Jahrzehnt – und es ist kein Ende in Sicht. Nach den israelischen Parlamentswahlen im Februar sind mehr Abgeordnete im Parlament, die sich für eine weitere Besetzung Palästinas einsetzen. Dies ist natürlich auch ein gefährliches Aufputschmittel für die ansonsten eher schon an den Rand gedrängten gewaltbereiten Extremisten und ein Alarmsignal. Schon gibt es erste Scharmützel zwischen radikalisierten jugendlichen israelischen Siedlern und arabischen Amokläufern, die in der israelischen Presse als Neubelebung terroristischer Aktivitäten dargestellt werden.

Foto: Gerd Greune

An einer Hauswand in West-Jerusalem: Der Krieg geht weiter

Nach den Wahlen wurde der „Rechts-ruck“ in Israel in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt. Eine 60 Jahre dauernde, von der sozialdemokratischen Labour-Partei mitgeprägte israelische Politik sei am Ende. In der Tat landete die Labour-Partei hinter den beiden konservativen Parteien Kadima und Likud und der rechtsextremen Partei „Unser Israel“ nur noch auf Platz vier. Das Ende der Kadima-Labour-Regierung wurde schließlich als Ausklang der bisherigen Friedensbemühungen beschrieben, die unter der neuen Regierung mit Außenminister Liberman keine realistische Perspektive mehr habe.

Betrachtet man die „friedenspolitischen Fortschritte“ der vergangenen Regierung, muss man allerdings feststellen, dass wir im Nahen Osten seit der Ermordung von Premierminister Rabin keine Bewegung in Richtung Frieden und Entspannung mehr feststellen konnten.

Selbst der Abzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen 2005 unter Sharon einschließlich der Auflösung israelischer Siedlungen hat keine Verbesserungen gebracht, eher im Gegenteil. Die ersten freien Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten führten zu inneren Streitigkeiten zwischen den Palästinensern, die am Ende zur Spaltung des ohnehin zerrissenen und besetzten unvollständigen Palästinas führten, zur Handlungsunfähigkeit und zur vollständigen Absperrung des Gazagebietes in einer Form, wie es sie seit den 40-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Welt nicht mehr gegeben hat.

Es ist schon bedrückend, dass ein Volk, dass Jahrhunderte lang in Ghettos eingesperrt war, keine andere Lösung für den von der Hamas im Gewaltstreich eroberten Gaza hat, als gemeinsam mit Ägypten diesen bevölkerungsreichsten Landstrich am Mittelmeer vollständig einzusperren und drei Wochen lang mit massiver Kriegsmaschine zu versuchen, die Gewaltherrschaft und Angriffe aus diesem Ghetto zu beenden, mit der Folge unzähliger ziviler Opfer und offenbar begangener neuer Kriegsverbrechen, die jetzt untersucht werden sollen.

Unter der neuen Regierung wird ebenso wie unter den alten der arabische Teil Jerusalems annektiert bleiben, die 1967 besetzten Golanhöhen sind nicht verhandelbar, die Mauer zwischen dem ehemaligen Westjordanland und Israel wird weitergebaut, wobei die genauen „Grenzziehungen“ von Israel festgelegt werden, israelische Siedlungen, vor allem zur Ausweitung des Stadtgebietes von Jerusalem, werden weiter ausgebaut, arabischer Wohnbesitz in Ostjerusalem in Frage gestellt oder einfach beendet. An dieser Politik der vergangen Jahrzehnte wird sich nichts ändern. Sie wird eher beschleunigt werden.

Was wird sich ändern? Die Gefahren für den Nahen Osten und seine Menschen sind mit der neuen Regierung größer geworden. Die Erklärungen des neuen Außenministers Avigdor Liberman nach der Regierungsbildung sind eine schwere Bürde für die bisherigen Partner in der arabischen Welt, also Ägypten und Jordanien, als auch die USA und Europa. Innerhalb Palästinas bekommt die bisherige verhandlungsbereite Autonomiebehörde kein neues Angebot. Nimmt man Liberman, der 1958 in der Sowjetunion geboren wurde, 1978 nach Israel auswanderte und heute in der israelischen Siedlung „Judean Desert” im Bezirk Nokdim in der West Bank lebt, beim Wort, so kann man sich keine neuen Verhandlungen mit den Palästinensern oder mit Syrien in naher Zukunft vorstellen.

In einem Interview erklärte Liberman nach Unterzeichnung des Koalitionsabkommens, Israel solle die radikalislamische Bewegung Hamas im Gaza-Streifen entmachten und seine umfassende Kontrolle über die Grenzen der Enklave herstellen, „was der scheidenden Regierung von Ehud Olmert ungeachtet der 22-tägigen Militäroperation in der Palästinenser-Enklave nicht gelungen war“.

„Die Hamas ist weiterhin fähig, unsere Städte unter Beschuss zu nehmen. Gaza bleibt nach wie vor ein iranischer Brückenkopf. Die Region erhält aus aller Welt beachtliche Finanzspritzen, die aber bei den Hamas-Anführern landen. Und wir wissen sehr gut, wie sie dieses Geld nutzen werden“, sagte Liberman am 16. März. Israel solle das Hamas-Regime vernichten und den Grenzübergangspunkt Rafah unter seine Kontrolle bringen. „Die Hamas muss die weiße Flagge hissen, kapitulieren und die Waffen niederlegen ... Die Hamas hat kein Recht, die Feuereinstellung von irgendwelchen Auflagen abhängig zu machen. Israel muss die Bedingungen diktieren“, sagte Liberman, der aus der Regierung Scharon austrat, weil er gegen den Abzug der israelischen Truppen war.

Wie der neue Premierminister Benjamin Netanyahu wendet sich Liberman gegen eine zu schnelle Beilegung des Konfliktes mit den Palästinensern. Er schlägt vor, das Schwergewicht im Friedensprozess vom politischen auf den sicherheitspolitischen und den ökonomischen Aspekt zu verlagern. „Was braucht denn Israel am meisten? Sicherheit. Und die Palästinenser haben ihre Wirtschaft wiederherzustellen. Darin besteht denn

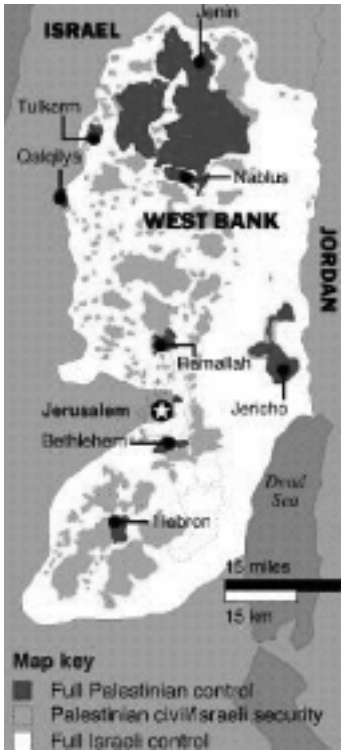
auch die Aufgabe der israelisch-palästinensischen Regelung: Sicherheit für Israel und Wirtschaftsaufschwung für die Palästinensische Autonomie. Erst nach der Lösung dieser Probleme wird man von einer Regelung sprechen können", betonte Liberman.

Netanyahu hat sich ebenfalls mit anti-arabischen Ausfällen im Wahlkampf hervorgetan. Eine friedliche Ko-existenz von Arabern und Juden innerhalb Israels ist – auf beiden Seiten – nicht populär, soweit es eben die Vertreter der jeweiligen politischen Lager betrifft. Auch die im Westen als besonders moderat geltende ehemalige Außenministerin Tzipora („Tzipi") Livni von Kadima hat den Arabern die Übersiedlung in einen künftigen Palästinenserstaat außerhalb Israels nahegelegt. Das betrifft immerhin1,2 Millionen israelische Bürger.

Wie sehr das innenpolitische Klima in Israel in dieser Frage polarisiert ist, zeigt der unverhältnismäßige Polizeieinsatz gegen Veranstaltungen, die von einer Kulturinitiative der arabischen Liga ausgehen und in diesem Jahr Jerusalem als „arabische Kulturhauptstadt" feiern sollten. Von diesen Festlichkeiten ging keine wirkliche Gefahr für Israel aus. Immerhin ist unbestreitbar, dass in Jerusalem arabische Kulturstätten beheimatet sind, Schulen und Moscheen allenthalben, und niemand bestreitet ernsthaft die historische Bedeutung der Stadt für die Araber und den Islam. Diese Art „Scharmützel" sind allgegenwärtig und stehen immer auf der Kippe zu massiveren Provokationen.

Die Hoffnungen auf eine neue Dynamik unter dem neuen US-Präsidenten Obama sind nach dem Amtsantritt der neuen israelischen Regierung bei den Palästinensern weitgehend verstummt. Die in der EU laut gewordene Kritik an der neuen Regierung wird auf die Politik in der Region, wie schon in der Vergangenheit, keinen besonderen Einfluss haben. Ihre Rolle wird weiterhin darin bestehen, die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu finanzieren, deren Einkommen und Überleben zu sichern und mit Israel gute wirtschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Es besteht allerdings Hoffnung, dass die Bereitschaft für weitere militärische Auseinandersetzungen, Provokationen, Terror und Gegenterror bei den meisten Menschen in Israel und Palästina seit der zweiten Intifada erheblich abgenommen hat. Hier besteht eine Chance für mehr Frieden. Soll er erfolgreich sein, muss er vom jetzigen Status quo ausgehen, Checkpoints und bestehende israelische Siedlungen faktisch hinnehmen, die militärische Überlegenheit Israels akzeptieren, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit anerkennen und keine Erwartungen an die arabischen Nachbarn und deren Solidaritätsbekundungen haben.



Denn dies ist ein weiterer schwerer Schlag für die geschundenen Menschen in den besetzten Gebieten: Sie können nicht einmal ihre Verwandten in Syrien oder im Libanon besuchen und erhalten Visa nur für Jordanien und Ägypten, wenn sie nicht in Gaza leben oder von dort stammen.

Wenn es irgendeinen Ort auf der Welt gibt, wo die internationale Gemeinschaft bisher total versagt hat, dann ist es bei der Überwindung des Kriegszustandes im Nahen Osten.

Es bleibt ein anderer Konflikt, der Angst macht, und zugleich die politischen Gewichte in der Region verschieben könnte – der Atomstreit mit dem Iran. Niemand glaubt ernsthaft, dass die bevorstehenden Wahlen im Juni in der islamischen Republik erhebliche politische Veränderungen mit sich bringen. Es ist auch kaum anzunehmen, dass die Atompolitik des Iran große Veränderungen erfährt. Israel jedenfalls ist mit der neuen Regierung fest entschlossen, diese Politik des Iran zu bekämpfen, auch mit militärischen Mitteln. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Barak, der bereits mit dem Gaza-Krieg Anfang des Jahres Wahlkampf für sich machen wollte, wird weder auf die EU noch die USA künftig viel Rücksicht nehmen. Israel kann sich sicher sein: Der Westen wird bei einem Konflikt mit dem Iran immer auf seiner Seite stehen.

Dieses Land hat nur eines wirklich zu befürchten, und das ist die eigene Unfähigkeit, Vertrauen mit den Nachbarn zu schaffen und auf die eigene Selbstzerstörung auf Dauer zu verzichten.

Wenn wir den historisch beladenen ideologischen Ballast bei Seite lassen, der die friedenspolitischen Ideen der Friedens- und Solidaritätsbewegung in der Vergangenheit bestimmt hat, und durch den ihre Wirksamkeit auch eingeschränkt war, so bleibt uns folgendes zu tun:

- Den Menschen in Israel und Palästina gemeinsam aus der Sackgasse helfen, in die sie von nationalen und internationalen politischen Führungen gebracht wurden; heraushelfen, indem wir ihre Sicherheitsinteressen ernst nehmen und uns nicht in die fortdauernde Propaganda hineinziehen lassen.
- Den Nahostkonflikt nicht länger auf ein humanitäres Problem reduzieren, sondern als Bedrohung für die Sicherheit in Europa und in Vorderasien oder weltweit verstehen.
- Die ideologische und nationalistische Medienlandschaft im Nahen Osten demilitarisieren und den Krieg der Medien beenden durch professionelleren Journalismus und unabhängigere Medien.
- Die Militarisierung stoppen, Waffen abrüsten und Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Kriegsparteien in der gesamten Region herstellen.
- Den Versuch aufgeben, die Grundlagen für die Existenz Israels als Staat der Juden ändern zu wollen, sondern konkrete Schritte zur friedlichen Koexistenz zwischen den Ethnien gehen.

In Israel und Palästina sind Tausende von Initiativen der Zivilgesellschaft aktiv. Viele von ihnen sind vor allem tätig, weil Fördermittel aus den USA und der EU und ihren Mitgliedsländern fließen und Arbeitsplätze vor allem in Palästina sichern. Unter den gegebenen Bedingungen sind wirtschaftliche Entwicklungsprojekte eher Mangelware, von Investitionen ganz zu schweigen. Netanyahu hat angekündigt, hier neue Wege zu gehen, um Palästina wirtschaftlich unabhängiger zu machen. Bleibt abzuwarten, wie dies geschehen soll. Mit verschlossenen Grenzen und undurchlässigen Checkpoints ist das jedenfalls nicht zu machen.

Gerd Greune, ehemaliger DFG-VK-Bundesvorsitzender, lebt jetzt in Jerusalem. ZC

Desertieren, verweigern, Öffentlichkeit schaffen

Erstes europäisches Hearing US-amerikanischer und britischer Irak-Veteranen/Von Frank Brendle

Aussteigen ist möglich: Im südbadischen Freiburg berichteten Mitte März acht ehemalige Soldaten der US- und britischen Armee über ihre Einsätze im Irak, in Afghanistan und in Guantanamo. Die Versammlung mit dem Titel „Winter Soldier" war das erste Hearing dieser Art, das außerhalb der USA stattfand. Mit über 100 TeilnehmerInnen war die Veranstaltung recht gut besucht.

Was kann man von solchen Veranstaltungen erwarten? Dass der Krieg brutal und ungerecht ist, dürfte allen schon vorher bekannt gewesen sein. Die Anhörung glänzte weniger in tief schürfenden Analysen, sondern dadurch, schlaglichtartig das ganz persönliche Kriegserleben der beteiligten Soldaten zu schildern. Mitveranstalter Rudi Friedrich von Connection e.V. sagte, Sinn der Veranstaltung sei es, „die Rädchen im Getriebe unter die Lupe zu nehmen" und öffentlich zu machen, was die Soldaten kriegführender Staaten erlebten. Das ist gelungen: Was man im Allgemeinen über Misshandlungen durch US-Soldaten und die Brutalität des Krieges bereits wusste, wurde durch das Hearing eindrücklich konkretisiert. Dass die „kleinen Rädchen" bereit waren, über ihr Mitwirken am verbrecherischen Getriebe zu berichten, ist ihnen auch persönlich hoch anzurechnen. Zugleich machten sie deutlich, dass es auch für Soldaten einen Ausweg gibt: desertieren, verweigern oder zumindest hinterher Öffentlichkeit schaffen und Kontakt suchen und auf diese Weise die Antikriegsaktivitäten unterstützen.

Foto: Rudi Friedrich/Connection e.V.

Dave Cortelyou, Chris Arendt, Darnell Stephen Summers, Chris Capps, Eddie Falcon, Zack Baddorf und Lee Kamara (v.l.n.r.)

So berichtete der Kalifornier Eddie Falcon, die Armee schüre den Rassismus, „denn das macht es leichter, alles in die Luft zu jagen." Der frühere Lademeister der Luftwaffe war an Gefangenentransporten von Bagdad nach Basra beteiligt: Zunächst seien Militärpatrouillen „von Haus zu Haus gegangen und haben Leute hinausgezerrt". Denen wurden die Augen verbunden, an Händen und Füßen gefesselt wurden sie in eine Frachtmaschine gezerrt, genauer: „Sie wurden getreten, bis sie im Flugzeug drin waren". Dort wurden sie, im Schneidersitz auf dem Boden sitzend, mit Frachtgurten festgezurrt. Statt Toiletten gab es Windeln. Keiner habe ihnen erklärt, was passiert.

Der Hubschraubermechaniker André Shepherd *(vgl. das ZivilCourage-Interview mit ihm in der Ausgabe 1/2009)* schilderte, wie er seine ursprüngliche Überzeugung, zu den „guten Jungs" zu gehören, Schritt für Schritt verlor. Im Irak-Einsatz oblag ihm die Wartung von Apache-Kampfhubschraubern, anfangs hoffte er noch auf eine Karriere als Pilot, bis ihm aufgefallen sei, „dass die Iraker bei unserem Anblick nicht den Eindruck machten, sich erleichtert zu fühlen." Er begann, Fragen zu stellen, und erfuhr, dass viele seiner Kameraden den Sinn des Krieges nicht verstanden. Er recherchierte im Internet und kam zum Schluss, dass er an einem imperialistischen Krieg mitwirke. „Mein Weltbild brach zusammen." Der Erkenntnis folgte die Desertion. Shepherd hat mittlerweile in der BRD einen Asylantrag gestellt.

Chris Arendt, der als 19-Jähriger in Guantanamo eingesetzt worden war, schilderte Details der entmenschlichenden Gefangenenbehandlung.

Mehrfach angesprochen wurden die Rekrutierungsbedingungen für das „Freiwilligenheer" der USA: „Ich war damals obdachlos, wollte ein besseres Leben und die Welt kennenlernen", so Shepherd. Bei Kaffee und Kuchen hätten ihm die Werber mitgeteilt, er könne mithelfen, die Welt vor bin Laden, Saddam Hussein und Kim Jong Il zu retten. Verschwiegen hätten sie hingegen, dass das Militär die vereinbarte Dienstzeit einseitig verlängern kann. Bei Falcon war es ähnlich: Er sei buchstäblich „auf den Straßen von L.A." aufgewachsen, als Sohn einer armen mexikanischen Einwanderin und eines Vaters, „der sich das Gehirn mit Drogen aufweichte". Ein Jahreseinkommen von 60.000 US-Dollar erschien da als einmaliges Angebot. Shepherd befürchtet, dass die aktuelle Wirtschaftskrise die Armee „wieder verstärkt als ernstzunehmende Option erscheinen lässt".

Deutlich wurde, dass auch die Täter nicht unversehrt aus dem Krieg herausgehen: Die britischen Veteranen Lee Kamara und Martin Webster, die acht bzw. elfeinhalb Jahre in der Armee waren, leiden heute unter psychischen Problemen infolge schwerer Gewalterfahrungen. Die Psychologin Rose Kazma gab einen Einblick in die Moral der US-Armee. 300.000 Veteranen litten unter posttraumatischen Belastungsstörungen oder Depressionen, rund 20 Prozent kehrten mit angeschlagener Psyche aus dem Einsatz zurück, jedes Jahr kämen 20.000 neue hinzu. Die Zahl der Selbstverstümmelungen habe sich auf 1.200 versechsfacht, in Afghanistan stürben mittlerweile mehr US-Soldaten durch Selbstmord als durch Aufständische.

Die Forderung der Veteranen ist eindeutig: „Bringt die Truppen heim und kümmert Euch um sie!" Der Unterstellung der meisten US-Medien, Verbände wie „Irak Veterans against the War" seien vaterlandslos, hielt der Journalist Zack Baddorf (der früher Öffentlichkeitsarbeit für das Militär betrieb) entgegen: „Sie sind keine Verräter, sondern mutige Patrioten."

Na ja, da hat wohl mancher Linke geschluckt. Es sei der kleine Hinweis erlaubt: Nicht jeder der Soldaten taugt als Identifikationsobjekt. Sie können Bündnispartner sein, aber wer erwartet, auf astreine Pazifisten zu stoßen, täuscht sich. Mancher von ihnen zweifelt nicht am Militär an sich, nicht an der Legitimation von „Verteidigungskriegen", sondern nur am Missbrauch der US-Armee. Aus Sicht des Autors kein Grund, auf solche Veranstaltungen zu verzichten.

Frank Brendle ist ZivilCourage-Redakteur und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg. ZC

Wunsch und Wirklichkeit

Barack Obamas Forderung nach weltweiter Abschaffung der Atomwaffen/Von Marion Küpker

„Obama fordert die Abschaffung der Atomwaffen!" – Diese Schlagzeile ging nach der Rede des neuen US-Präsidenten vor Tausenden begeisterter Zuhörer am 5. April in Prag um die Welt. Ist der Jubel – nicht nur in Prag – berechtigt? Schauen wir uns die Aussagen Obamas an und vergleichen sie mit der Realität:

„Um unsere Sprengköpfe und Lager zu reduzieren, werden wir dieses Jahr noch einen neuen strategischen Waffen-Reduzierungsvertrag mit Russland verhandeln."

Da die Lebensdauer von Atomwaffen begrenzt ist und diese kostspielig erneuert werden müssten, könnte uns eine ohnehin fällige Verschrottung von alten US- und russischen Atomwaffen als Schritt zur weltweiten Abrüstung verkauft werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die USA gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise die Tausende strategisch nicht mehr einsetzbarer alter Atomwaffen erneuern werden. Und Arno Neuber aus dem Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) schreibt, dass Russland aus Kostengründen kaum in der Lage sein wird, seine U-Boot-gestützten Atomwaffen auszubauen, weshalb eine starke Reduzierung der russischen Interkontinentalraketen bis 2020 wegen Überalterung erwartet wird. Parallel läuft in den USA, Frankreich und Großbritannien (dort z.B. mit 117 Milliarden Euro bis ins Jahr 2055) eine immense Modernisierung der Atomwaffensysteme.

„Dieses Ziel [die Abschaffung aller Atomwaffen] wird nicht schnell erreicht werden können, vielleicht noch nicht mal in meiner Lebenszeit."

Auch die Bush-Regierung wollte offiziell die weltweite nukleare Abrüstung, aber erst wenn die USA und damit auch die Nato sich nicht mehr im Kriegszustand, im so genannten Krieg gegen den Terror, befänden.

„Wir brauchen echte und sofortige Konsequenzen für Länder, die des Regelbruchs überführt wurden oder versuchen, den Vertrag ohne Grund zu verlassen."

Hiermit ist Nord-Koreas legaler Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag gemeint. Kein Wort findet sich in der Rede über die sehr schwerwiegenden Regelverletzungen durch die USA, deretwegen Nord-Korea aus diesem Doppelmoral-Vertrag ausgestiegen ist.

„Wir müssen in unseren Bemühungen, den Klimawandel zu bekämpfen, die Atomenergie nutzen und diesen Fortschritt allen Menschen zugänglich machen."

Der Atomwaffensperrvertrag sieht die weltweite Verbreitung von Atomenergie vor. Wenn Obama medienwirksam von erneuerbarer Energie als Lösung gegen den Klimawandel spricht, redet er u.U. sogar generell von Atomenergie. 2001 haben Nichtregierungsorganisationen erfolgreich die Atomenergie wieder aus dem Kyoto-Protokoll – bezüglich des Emissionshandels – rausgekriegt, wodurch die Atomenergie als erneuerbare Energieform einzustufen gewesen wäre, aber der Kampf darum setzt sich fort.

„Wir schauen ohne Illusionen nach vorn. Einige werden die Regeln brechen, aber darum brauchen wir für diesen Fall eine bereits vorhandene Struktur, die sicherstellt, dass wenn irgendein Land dieses macht, es mit Konsequenzen konfrontiert wird. Diesen Morgen wurden wir wieder daran erinnert, warum wir ein neues und rigoroseres Herangehen brauchen, um dieser Bedrohung entgegen zu treten. Nord-Korea brach ein weiteres Mal die Regeln, indem es eine Rakete testete, die als Langstreckenrakete genutzt werden könnte." (Die ganze Rede Obamas ist auf Englisch im Internet nachzulesen unter http://i.usatoday.net/news/TheOval/Obama-in-Prague-4-5-2009.pdf)

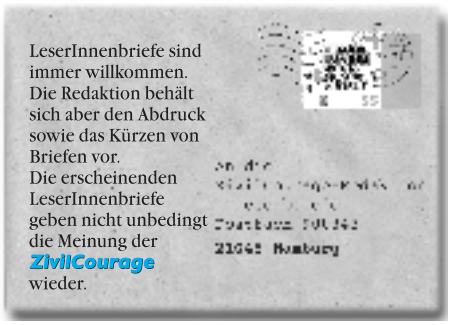
Die verstärkte Drohung an Nord-Korea zeigt deutlich, dass Obama keinen Schritt von der vorigen Bush-Politik abweicht. Auch die Erklärung der US-geführten Nato aus Straßburg vom 4. April ist eindeutig: „Eine Abschreckung, die sich auf eine geeignete Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten stützt, bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie."

Es ist illusorisch, von Obama zu erwarten, dass er einen grundlegend anderen Kurs als sein unbeliebter Vorgänger Bush einschlagen kann. Obama stellt u.a. gerade 30.000 neue Soldaten für den Krieg in Afghanistan bereit und benötigt von den europäischen Nato-Mitgliedsstaaten weitere finanzielle wie personelle Unterstützung für die neue Devise des „Burden- und Power-Sharing" in der Nato. Barack Obama ist der ideale Mann, um das neue Arrangement der Nato auf den Weg zu bringen. Einige publikumswirksame Reformen wurden angekündigt, um die Akzeptanz in der Weltbevölkerung zu erhöhen.

Die Anti-Atomwaffenbewegung hat es im letzten Jahr geschafft, die Diskussion um die völkerrechtswidrigen Atomwaffen in Büchel bundesweit bekannt zu machen. Daher bringt Obamas Aussage unsere Politiker zur diesjährigen Bundestagswahl in große Erklärungsnot. Schließlich stimmten jüngst gerade einmal 130 Bundestagsabgeordnete „für einen Abzug der in Deutschland noch verbliebenen US-Nuklearwaffen", dagegen 392. Bei der Parteizugehörigkeit wird deutlich: Alle Abgeordneten der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten gegen diesen Antrag (bis auf eine Ja-Stimme und eine Enthaltung aus der SPD-Fraktion), alle Grünen-, Linke- und FDP-Abgeordneten sowie die beiden parteilosen Abgeordneten stimmten zu. Steinmeiers Ansagen sind daher ganz klar Wahlkampfpropaganda.

Widerstand ist nötig: Um die Abschaffung der US-Atomwaffen durchzusetzen, müssen wir deutlich benennen, dass der Abzug der Atomwaffen und die Aufgabe der nuklearen Teilhabe keine Zugeständnisse von Obama oder unserer Regierung an uns sind. Sie sind laut geltenden Verträgen, Gesetzen und dem Völkerrecht verpflichtet, dieses umzusetzen. Dieser offensichtliche Rechtsbruch, aber vor allem die Notwendigkeit, den Druck zur Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen zu erhöhen, sollte uns alle zum Schritt zu gewaltfreien Widerstandsaktionen ermutigen! Deshalb: Kommt zu den Sommeraktionen am Atomwaffenstützpunkt in Büchel. *(Der Aufruf der DFG-VK-Mitgliedsorganisation GAAA ist in der Heftmitte beigefügt.)*

Marion Küpker ist internationale Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen der DFG-VK und Koordinatorin der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA).



„Antisemitismus ist kein Kavaliersdelikt!"
Clemens Ronnefeldt: Der Gaza-Krieg
Titelgeschichte der Ausgabe 1/2009

Als ich sah, dass so kurz nach den so erregt geführten Debatten zum Gaza-Krieg zu diesem Thema nur ein Artikel in der ZivilCourage abgedruckt war, wunderte ich mich schon. Angesichts der unterschiedlichen Positionen innerhalb der DFG-VK hätte ich eher zwei Beiträge erwartet. Nachdem ich von zwei wütenden Austritten aus der DFG-VK erfahren hatte, las ich den Artikel und musste feststellen, dass er tatsächlich doch ziemlich einseitig geraten war. Würde der Artikel nur den Anspruch erheben, einige ansonsten wenig beachtete Tatsachen oder Möglichkeiten zu beleuchten und die Perspektive der Hamas zu erläutern, und wäre er von anderen Beiträgen flankiert gewesen, die wiederum die Sicht anderer Kriegsparteien und weitere Aspekte angemessen berücksichtigen, hätte er vermutlich weniger Anstoß hervorgerufen. Clemens Ronnefeldts Artikel bietet etliche interessante Informationen und Überlegungen. Doch es fällt auf, dass er Fakten so präsentiert, dass sie für die Hamas sprechen. Genügen Fakten nicht, werden Möglichkeiten und Vermutungen herangezogen. Letztendlich wird alles so gewendet, dass Israel schuldig ist. Sicherlich kann man jeden Gewaltakt auf palästinensischer oder arabischer Seite als Reaktion auf vorherige kriegerische oder repressive Aktionen Israels interpretieren. Umgekehrt wäre dies aber auch möglich. Doch Clemens Ronnefeldt beschränkt sich darauf, ein israelisches Sündenregister zusammenzutragen. Das gerade in Diskussionen um den Nahostkonflikt so beliebte Aufrechnen von Schandtaten ist erfahrungsgemäß fruchtlos und ärgerlich, wenn es so einseitig betrieben wird. Ich begrüße, dass in der ZivilCourage israelische Kritik an der israelischen Politik so viel Aufmerksamkeit erhält und deutlich wird, dass die Politik des israelischen Staates auch der israelischen Bevölkerung schadet. Darüber hinaus halte ich es für angebracht zu fragen, inwieweit seit Jahrzehnten die Politik arabischer Regierungen, des Iran und palästinensischer Organisationen das Elend der palästinensischen Bevölkerung verschuldet hat. Da der Nahostkonflikt im Vergleich zu andern Konflikten hierzulande überproportionale Beachtung findet und mit einer für mich nur schwer nachvollziehbaren Emotionalität diskutiert wird, wünsche ich mir von der ZivilCourage bei dieser Problematik mehr Vorsicht und Ausgewogenheit. Manchmal könnte es schon genügen, einen Artikel als Diskussionsbeitrag und nicht als autoritative Analyse erscheinen zu lassen. Ich frage mich auch, warum die hervorragende Erklärung der DFG-VK Kleve zum Gazakrieg zwar in der Graswurzelrevolution und auf der Homepage der DFG-VK Mainz zu finden ist, aber nicht in der ZivilCourage.
Gernot Lennert, Mainz

Im Krieg gegen die Hamas hat das israelische Militär Hunderte unbewaffneter Menschen umgebracht. Die meisten Opfer haben vermutlich noch nie etwas gegen Israel unternommen. Manche ihrer Angehörigen werden dies nun, aus falschen, aber provozierten Rachegefühlen heraus, womöglich tun. Die brutale Rücksichtslosigkeit des israelischen Vorgehens liegt auf der Hand und wird zu Recht angeprangert. Für falsch halten wir es, sich aus Abscheu vor den Verbrechen der einen Kriegspartei mit der anderen Kriegspartei zu solidarisieren oder diese gar zu verharmlosen. Solche Tendenzen stellen wir immer wieder in Stellungnahmen aus der Friedensbewegung fest. Der rote Faden des Textes von Clemens Ronnefeldt ist die Aussage: Israel ist schuld, und nur bei Israel liegt die Lösung des Problems. Wir dagegen meinen, dass auch Angriffe auf israelische Städte, die zum Ziel haben, (jüdische) Zivilisten zu töten, verbrecherisch sind – auch dann, wenn Hamas die wesentlich geringeren militärischen Mittel hat. Ganz und gar unerträglich ist uns die Art und Weise, wie Ronnefeldt den mörderischen Antisemitismus der Hamas als Kavaliersdelikt abtut: Das in der Hamas-Charta verankerte Bekenntnis, Israel auszulöschen, und der Verweis auf die Protokolle der Weisen von Zion, eine antisemitische Legende, die seit über 100 Jahren „Grundlage" für mörderische Pogrome ist. Für Ronnefeldt ist das nicht schlimm, immerhin spreche sich ja der PR-Berater der Hamas für eine Änderung aus. Allerdings erfolglos – was verrät das über diese Organisation?! Und wie glaubwürdig sind die – von Ronnefeldt als Beweis für ihren guten Willen angeführten – Beteuerungen der Hamas-Führung, man wolle die Hand zum Frieden reichen, vor einem solchen, antisemitischen Hintergrund? Als AntimilitaristInnen empört uns Israels Vorgehen. Als AntifaschistInnen verweigern wir uns jeder Solidarisierung mit Antisemiten. Man darf es niemandem durchgehen lassen, mit den Zion-Protokollen zu „argumentieren", auch nicht der Hamas. Wer Hamas hier in Schutz nimmt, steht auf dem gleichen Level wie jene, die bei „Friedens"-Demos antisemitische Parolen dulden oder das Verbrennen von Israel-Flaggen. Wir fordern: Keine Bündnisse, keine Solidarisierung, kein Dulden von und mit Antisemiten!
DFG-VK-Landesvorstand Berlin-Brandenburg (Gerit Ziegler, Frank Brendle)

DFG-VK-Bundeskongress, Auslandseinsätze, Atomwaffen, Sommeraktionen ... – Es gibt noch viel zu tun!

Nachdem die DFG-VK sich auf unterschiedlichen Ebenen auch zum Nato-Gipfel-Protest in die Mobilisierung durch die aktiven Mitglieder in allen Landesverbänden eingebracht hat und Veranstaltungen, Busse und Diskussionen organisierte, wird ihr auch bei den in den nächsten Monaten auf der Tagesordnung stehenden Herausforderungen für die Friedensbewegung eine besondere Bedeutung zukommen. Die DFG-VK hat mit vielfältigem Engagement an vielen Stellen deutlich gemacht, dass sie als Gesamtverband auf der Bundesebene nicht nur

wieder präsent ist, sondern sich auch an verschiedenen Protestteilen aktiv in die Organisation und inhaltlichen Diskussionen mit einbringt und dabei meist aufeinander abgestimmt, mindestens doch aber gegenseitig informiert, wirkt. Allen Gliederungen und Aktiven der DFG-VK fällt somit die Aufgabe zu, unsere Organisation auch mit zu repräsentieren. Mit einem gemeinsamen/abgestimmten Auftreten können wir unsere pazifistisch-antimilitaristischen Zielstellungen weiter in der Friedensbewegung betonen und so einen wichtigen Beitrag zur Verbindung unterschiedlicher Strömungen in der antimiliaristischen und Friedensbewegung leisten.

In welcher Form wir das in der Zukunft leisten werden wollen/können, wird auch vom Verlauf und den Ergebnissen des 17. DFG-VK-Bundeskongresses abhängen. Diesen hat der Bundesausschuss für das erste Oktoberwochenende 2009 (3./4.10.) nach Hannover einberufen. In den Gliederungen sollten dazu jetzt nicht nur Delegierte gewählt, sondern auch die Diskussionen zu eigenen Anträgen und Vorstellungen für die Entwicklung der Arbeit des Gesamtverbandes geführt werden. *(Weitere Einzelheiten zu dem Bundeskongress in den nächsten Ausgaben der* ZivilCourage*)*

Vor uns liegen aber auch weitere Aufgaben, die nicht nur unser Eigenleben betreffen.

Trotz der vollmundigen Erklärungen des US-Präsidenten zur Abschaffung der Atomwaffen und der Erklärungen auf dem Gipfel amerikanischer Staaten zum Beginn einer neuen Zeit der Kooperation, wird dieses nicht ohne den Druck der Friedens-, Demokratie- und Menschenrechtsbewegung zu einem Ergebnis in unserem Sinne führen. Bereits die ersten Reaktion in der Bundesrepublik zeigen, dass z.B. der SPD-Kanzlerkandidat sich zwar für den Abzug der in der Bundesrepublik noch lagernden Atomwaffen ausspricht, im Bundestag die Regierungsfraktionen jedoch relativ geschlossen für die weitere atomare Teilhabe stimmen. Atomwaffen werden also wohl auch weiterhin nicht ohne unseren Protest „einfach so“ verschwinden. Die nächsten Monate sollten deshalb der Auftakt zu Aktionen und Veranstaltungen bis zur Konferenz über die Verlängerung der Nichtverbreitung von Atomwaffen sein, um dort am Ende dann wirkliche Ergebnisse und nicht nur Verlautbarungen zu haben.

Aber auch andere Themen, die nicht so stark von den Mainstream-Medien bedient werden, werden in den kommenden Monaten für die Friedensbewegung von Bedeutung sein. Leider wird es genug zu tun geben. Ende Mai bereits wird es auf dem evangelischen Kirchentag in Bremen unter zahlreicher Beteiligung von DFG-VK-Aktiven friedenspolitische Aktionen geben. Bei den Sommeraktionen in Büchel *(www.atomwaffen-frei.de)* und im Bombodrom *(www.g8andwar.de)*, bei den DFG-VK-Radtouren *(www.pacemakers.de)* und auch der Sommerakademie des Bundesausschusses Friedensratschlag *(www.sommerakademie-frieden.de)* wird nicht nur protestiert, sondern werden auch Alternativen zur Kriegspolitik von Nato und Bundesregierung diskutiert werden. Im September wird ein neuer Bundestag gewählt werden – die Strategie der jetzigen Regierungsfraktionen, den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan durch die Verlegung der neuen Abstimmung in den Spätherbst aus dem Wahlkampf herauszuhalten, sollten wir mit größeren und kleineren Informations- und Protestveranstaltungen, durchkreuzen. Für DFG-VK-Mitglieder sollte nicht nur eine Wahl (so sie denn wählen) von Nichtkriegsparteien selbstverständlich sein, sondern auch die Thematisierung von Verantwortlichkeiten für Kriegseinsätze im Wahlkampf.

Es gibt also leider ausreichend Betätigungsfelder (viele konnte ich hier jetzt gar nicht nennen) für die nächsten Monate. Schauen wir, dass wir und unser Verband dabei eine wichtige Rolle spielen und zur Stärkung der Friedensbewegung beitragen.

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830004600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/ Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ

Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘

Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

TV-TIPP
Allein gegen die Waffenindustrie
Der Kampf des Jürgen Grässlin
Ein Film von Katja Duregger
WDR. Sonntag, 10. Mai, 16 Uhr 25
(Wiederholung: 15. Mai, 9 Uhr 20)

Warum wir in die DFG-VK eingetreten sind

Foto: Stefan Philipp

Diese Entscheidung war bei uns beiden schon lange überfällig. Frieden schaffen ohne Waffen, Abrüstung, Stopp der Rüstungsexporte, Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und anderen Einsatzländern sind Themen, die uns bewegen und auch unsere gewerkschaftliche Arbeit mitgeprägt haben. Ohne die Arbeit der DFG-VK wäre die Organisation der Anti-Nato-Proteste in diesen ersten April-Tagen zwischen Baden-Baden, Kehl und Straßburg wohl kaum zu bewerkstelligen gewesen. Die gesamte Friedensbewegung wäre wahrscheinlich ohne die Unterstützung der DFG-VK ziemlich aufgeschmissen. Dazu braucht es viel Idealismus, aber Idealismus allein reicht eben nicht. Auch Spenden und Mitgliedsbeiträge sind wichtig, um Veranstaltungen und Aktionen durchführen zu können. Deshalb sind wir jetzt endlich eingetreten.

Karin Binder ist LINKE-Bundestagsabgeordnete und ehemals DGB-Regionsvorsitzende in Karlsruhe. Elwis Capece ist Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten der Regionen Karlsruhe und Mannheim.

Foto: privat

Heute ist es wichtiger denn je, sich zu vernetzen und gemeinsam aktiv zu werden. Manche resignieren angesichts der aktuellen politischen Entscheidungen oder trauern den guten alten Zeiten in den Achtzigern nach, als Zehntausende auf die Straße gingen. Doch ich finde, wir müssen gerade jetzt die Augen offen halten für gefährliche Entwicklungen in Gesellschaft und Politik. Ob es um weitere Rüstungsexporte der deutschen Regierung in Krisengebiete geht, Kleinwaffen von Heckler und Koch in Bürgerkriegsländern auftauchen, Kinofilme mit deutlicher Botschaft vom amerikanischen Verteidigungsministerium gesponsert werden, Computerspiele mit Gewaltszenen auf dem Markt sind, die das Militär entwickeln ließ, oder Rechtsextremisten wieder versuchen, die Hoheit über die Straßen und Stammtische zurückzugewinnen: Wir benötigen unabhängige und fundierte Informationen, um sich damit auseinander zu setzen und eine Meinung zu bilden. Es ist wichtig, diese Positionen öffentlich zu machen und die Zivilgesellschaft und die Politiker damit zu konfrontieren. Das kann keiner alleine, sondern wir brauchen Bündnispartner und Mitstreiterinnen wie in der DFG-VK, die eine Vision haben, dass eine andere Welt möglich ist und deshalb engagiert, kenntnisreich, aktiv und gewaltfrei für diese Überzeugungen eintreten.

Susanne Hellstern, Stuttgart, ist seit Anfang 2009 DFG-VK-Mitglied.

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK